

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sieben-spaltige Feilzelle oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 226.

Dienstag, den 27. September 1921.

28. Jahrgang.

Rechts- oder Linkskoalition?

P. Berlin. 26. Septbr. (Eig. Drahtbericht.)

Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, bezwecken die Angriffe des Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann gegen den Reichstagspräsidenten Dr. Wirth lediglich die Überbrückung der Gegensätze innerhalb der Deutschen Volkspartei. Zwar hat die Fraktion der Volkspartei in Heidelberg eine grundsätzliche Zustimmung zu einer Beteiligung an einer Regierung mit der Sozialdemokratie gegeben, aber die Abgeordneten der Volkspartei haben hinter den Kulissen kein Hehl daraus gemacht, daß letzten Endes der Eintritt in die Reichsregierung von dem Sturz des Reichstagspräsidenten Dr. Wirth abhängig gemacht werden muß. Wie die Sozialdemokratie zu dieser letzten Absicht steht, ist zwar genügend bekannt, und es ist deshalb von besonderem Interesse, die Ausführungen einer bürgerlichen Korrespondenz mitzuteilen, die darauf hinweist, daß durch die Haltung der Volkspartei eine Koalitionserweiterung nach links in den Bereich der politischen Kombination eingetreten ist. Die Korrespondenz schreibt u. a.: „Es ist zu bemerken, daß der Beschluß des sozialdemokratischen Parteitages in Görlitz sich nicht an und für sich für eine Koalition mit der Volkspartei ausspricht, vielmehr nur die allgemeinen Richtlinien einer Koalitionserweiterung überhaupt festlegte. Es muß in diesem Zusammenhang auch auf einen Artikel von Kautsky in der „Freiheit“ hingewiesen werden, in dem Kautsky den Görlitzer Beschluß insofern beklagt, als er zu einer Koalitionsregierung unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei und nicht der Unabhängigen führen soll. . . . Falls nun im Verfolg der von der Deutschen Volkspartei eingeschlagenen Taktik, die auf eine Beiseitigung des Reichstagspräsidenten Dr. Wirth hinzielt, der Gedanke einer Koalitionserweiterung nach rechts zum Scheitern kommen sollte, so liegt es in der Natur der politischen Entwicklung, daß dann das Pendel nach links schlägt und ernsthafte Versuche gemacht werden, die USP. zur „positiven Mitarbeit in der Reichspolitik heranzuziehen“.

Zu bemerken ist hierzu, daß die Sozialdemokratie nicht erst das Scheitern irgend welcher Verhandlungen mit der Volkspartei abwarten wird, sondern daß sie beabsichtigt, die USP. vor aller Öffentlichkeit im Reichstag vor die Frage zu stellen, ob sie bereit ist, in die Regierung einzutreten. Der Görlitzer Beschluß spricht bekanntlich weder von einer Erweiterung nach links, noch nach rechts, weshalb es für uns selbstverständlich erscheint, falls die Erweiterung der Regierung im Vordergrund der Beratungen steht, daß wir zunächst an die USP. als die uns nächstliegende der Parteien herantreten. Diese Frage an die USP. ist unserer Meinung nach eine Notwendigkeit. Aus ihrer Antwort wird man sehen, ob die Unabhängigen es mit dem Schutz der Republik tatsächlich ernst meinen, oder ob sie ihre Kritik gegen die Sozialdemokratie lediglich unternahmen, um aus ihr Vorteile in bezug auf die Mitgliederzahl zu ziehen.

P. Berlin. 26. Septbr. (Eig. Drahtbericht.)

Die Winteression des Reichstages wird durch eine interfraktionelle Sitzung der Parteien und durch die am Vormittag um 11 Uhr beginnende Beratung des Westfalenauschusses eingeleitet werden. In erster Linie soll sich der Senatorenkonvent damit beschäftigen, wann der deutsch-amerikanische Friedensvertrag auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt werden soll. Es ist anzunehmen, daß schon in den allernächsten Tagen die Beratung des deutsch-amerikanischen Vertrages im Plenum des Reichstages stattfinden wird. Zuvor ist jedoch die Besprechung des deutschnationalen Antrages, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August aufzuheben, zu erwarten. Bekanntlich hat der Reichstag das Recht, die Verordnung aufzuheben, was jedoch in Anbetracht der parlamentarischen Verhältnisse ausgeschlossen ist. Gemeinsam mit dem Antrage der Deutschnationalen werden die Interpellationen des Abg. Dr. Stresemann über die Gewalttätigkeiten gegen nationale Veranstaltungen und die Interpellation der Unabhängigen über Offiziersverschwörungen zur Debatte stehen. Nach Besprechung der Anträge beabsichtigt der Reichstagspräsident durch eine Rede über die innerpolitische Lage im Laufe des Mittwochs die Aussprache zu eröffnen. Da über die jüngsten innerpolitischen Ereignisse umfangreiches Material bei den einzelnen Fraktionen vorliegt, das in der Aussprache Verwendung finden soll, ist anzunehmen, daß die große Aussprache bis Ende dieser Woche andauert. Im Anschluß hieran soll die Oppauer Explosionskatastrophe besprochen werden. Nach dieser Aussprache wird mit der Beratung des wichtigsten Punktes der Herbstsession, den Steuerentwürfen, begonnen werden.

Die erste Sitzung des Reichstages beginnt Dienstag nachmittags 3 Uhr und wird rein formellen Charakter tragen.

Zunächst beabsichtigt der Reichstagspräsident Loebe den verstorbenen Mitgliedern des Hauses, die bekanntlich fast sämtlich dem Zentrum angehören, Nachrufe zu widmen.

Die bayerische Reaktion.

München, 26. Septbr. (Eig. Drahtbericht.)

Die gegenwärtige politische Lage in Bayern ist gekennzeichnet durch den Kleinmut und die Bedrücktheit der bürgerlichen Presse, als Folge der Brandmarkung des alten bayerischen Kurzes durch die Veröffentlichung der Geheimbundsstatuten. Den Münchner „Neuesten Nachrichten“ folgend murren die reaktionären Blätter über den Schritt des bayerischen Staatspräsidenten. So schreibt die „Münchener Zeitung“:

„Eine Reihe von Agenten des Reichsministeriums des Inneren ist eingetroffen, um das Material des preußischen Staatskommissars zu ergänzen. Es scheint jetzt im Reich allenthalben Leute zu geben, die glauben, völlig ungeniert auf unseren bayerischen Köpfen herumtrampeln zu können. Man soll sich vorsehen, denn es könnte leicht sein, daß einmal sogar die Bayerische Volkspartei nicht mehr in der Lage ist, die wahre Volksmeinung in Bayern niederzuhalten.“

Die „Münchener Nachrichten“ läßt sich unter dem Titel „Das System Metternich“ folgendermaßen aus:

„Wir stellen fest, daß diese Art der Bekräftigung Bayerns ausgerechnet in einem Moment stattfindet, wo der neue Ministerpräsident in Berlin freundlich empfangen wird. Man sieht also das unter dem Ministerium Rahr begonnene System, Bayern als feindliches Ausland zu behandeln, auch gegen seinen Nachfolger fort. Auch unter seinem Nachfolger scheint Bayern unter der Metternichschen Kontrolle der zentralistischen Regierung in Berlin bleiben zu sollen.“

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ aber werden immer stiller und versuchen gegenüber allzu schroffen Radikalen zu vermitteln. Sie sprechen sich über die Wahrung der Polizeiherrschaft gegenüber dem Reich befriedigt aus und meinen, Bayern hat in Verletzung des föderalistischen Prinzips einen nicht unwesentlichen Erfolg errungen.

Das Niebhaber Tageblatt erscheint wieder als „Nachrichtenblatt“ und kündigt das Wiedererscheinen des Niebhaber Anzeigers mit folgenden Worten an: „Am 1. Oktober erscheint wieder der Niebhaber Anzeiger in alter Frische.“

Am gestrigen Sonntage war München wieder der Schauplatz großer militärischer Festlichkeiten. Feldmarschall Prinz Leopold und Kronprinz Rupprecht zeigten sich wieder einmal in alter Pracht in den Straßen Münchens. Bei dem Festakt vor dem Armeemuseum erklangen Artilleriegeschosse, als der letzte Inhaber des Regiments, Feldmarschall Prinz Leopold vor die Ausstellung trat und zu den Angehörigen des Regiments sprach. Die Augsburger Abendzeitung meldet von begeisterten Huldigungen des Publikums bei der Ab- und Abfuhr der Fürstlichkeiten.

Ueber politische Geheimorganisationen bringt die „Münchener Post“ neues Material. Sie erklärt dann, daß sie bereits im Februar die Satzungen des Freikorps Oberland bekanntgegeben hat, von welchem gewisse militärische Gepllogenheiten geschickt übernommen worden seien, z. B. der Fahnenraub, eine Art Verpflichtungschein, Mobilisierungsbefehl und die Schaffung eines Ferngerichts. Ferner teilt die Münchener Post mit, daß der Polizeidirektion über diese Angelegenheiten damals weitere sachdienliche Mitteilungen gemacht worden seien, vor allem über die Tätigkeit dieses Geheimbundes in Nordbayern. Es war der Polizeidirektion mitgeteilt worden, daß sich der Führer dieser Organisation als politisches Ziel die Restaurierung des Hohenzollernschen Kaiserthums mit militärischen Mitteln gesteckt hatte. Ferner sei der Polizei bekannt gewesen, daß selbst der Führer der bayerischen Einwohnerwehren, Kanzler, von den Bestrebungen abgerückt sei und davor hat warnen lassen. Bei der Münchener Polizeidirektion aber hatte man weiterhin Kenntnis von der engen Verbindung der Nationalsozialisten mit dieser Organisation. Unser Parteiblatt schließt seine Ausführungen mit den Worten:

„Hätten die Erzbergmörder ihre verbrecherischen Pläne in München schmieden können, wenn die Polizeidirektion energisch und rücksichtslos damals diesen Dingen nachgegangen wäre? Hätten die Erzbergmörder und die Mörder an Gareis nicht an ihrer Tat gehindert werden können, wenn man aus der Ordnungsgasse rechtzeitig dort hineingegriffen hätte, wo diese Pläne geschmiedet wurden? Erst wenn die Münchener Polizeidirektion bewiesen hat, daß sie alles getan hat, um die Fäden der bestehenden Geheimorganisation in die Hand zu bekommen, erst wenn dieser Beweis einwandfrei gelungen ist, wird man sagen können, daß sie keinerlei Mitschuld trifft an der Ermordung von Gareis u. Erzberger.“

Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 27. September.

Zurzeit wird in der Hegenfische des bürgerlichen Ruddle muddels eine Einheitsliste zusammengeschmort. Und der Braten stinkt fürchterlich — verschiedene Bestandteile wollen sich absolut nicht vereinigen. Bitte, kann man das wirklich verlangen von einem guten Antisemiten, daß er mit einer leibhaftigen (††) Jüdin in einer Reihe sich nennen lassen soll? Und mit welchen Gliederverrenkungen werden aufrechte Deutschvölkische an die Urne herantreten, um einen semitisch total verseuchten Wahlzettel abzugeben? Jetzt schon sollen sich einige der Besten die beiden Finger, die diese schwere Schuld auf sich nehmen müssen, täglich mit dem reinarischen Del der Hakenkreuzblume salben. Andere tragen sich offen mit dem Gedanken, die militärisch-pazifistische-antisemitisch-semitische, monarchistisch-republikanische, rück-schrittliche Liste nur mit einer Zange anzufassen.

Abgeben werden sie die Liste ja trotz allem und allem, denn hoch über all diesen Rücksichten der „Ehre“ und des „Stammes“ steht die Liebe zu dem eigenen Volk. Und diese hohe Liebe wird die Herrschaften immer wieder zusammenführen. Gott, schließlich geht der Reibach noch über Kaisertum und Republik zusammengekommen.

Aber interessant wird es trotzdem sein, zu beobachten, wie die Parteifreunde eines Erzberger mit denen der Schulz und Tilleßen engverwachsen und augenverdrehend dem Volk Burgfrieden und christliche Nächstenliebe predigen werden.

Bis zum 13. November werden also Dolche und Revolver zu Hause bleiben müssen. Es ist zu hoffen, daß man dies in den Friedensbedingungen auch ausdrücklich festgelegt hat.

Wir haben einen neuen Freund gefunden hier in Lübeck. Wenigstens macht er plötzlich kräftig Stimmung für die ihm einst so schreckliche Sozialdemokratie. Dieser Freund ist die alte Eisenbahnzeitung. Gestern schrieb sie am Schlusse eines außerordentlich scharfsinnigen Leitartikels, der in jedem Buchstaben nach der Zeilenzählerei einer Korrespondenzfabrik roch, folgende Sätze: „Gegenwärtig dagegen gehören ihr (der sozialdemokratischen Partei) neben Arbeitern auch Angeestellte, Beamte, Vertreter der sogenannten freien Berufe sowie Kleinbauern an. . . . Daher mag es in der Hauptsache kommen, daß sich mit manchen Teilen des neuen Programms . . . auch gutbürgerliche Kreise sehr wohl einverstanden erklären könnten.“

Wie mag der Nährvater des guten Blattes wohl erschrocken sein, als er dieses Loblied auf die Sozialdemokratie las. Ob die genannten „gutbürgerlichen“ Kreise (bisher kannten wir eigentlich nur eine gutbürgerliche Küche) wohl auch den Kern des Programms unterschreiben möchten, der in den Satz ausklingt: Sie hat damit den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschäftlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung gemacht.“? Wie dem auch sei, wir begrüßen die neue Kämpferin für das Recht und die Freiheit der Unterdrückten.

Hoffentlich meint sie es auch ernst mit ihrer Befreiung. Oder sollte die Sehnsucht, nach einem „toten“ Rädchen, das so gut zu ihrem zweiten neuen Hut stände, die Adoptivtochter des „General-Anzeigers“ bewogen haben, etwas aus der Reihe zu tanzen? Nein, gute Stimmestante, so leicht verdient man solche Auszeichnungen doch nicht.

Eine große Zahl entrüsteter Zuschriften macht uns auf eine Heß- und Racherede des bekannten Generals v. Morgen in irgend einem Lübecker Verein aufmerksam. Man müsse die Jugend in kriegerischem Geist erziehen, damit sie Deutschlands Lote räche, das elende Geschwätz „Nie wieder Krieg“ müsse verstummen, dann würden wir bald wieder unbesiegt sein. Solchen und ähnlichen Unsinn wagte der blut- und schuldbeladene Herr einer stauenden Hörerschaft vorzusagen.

Offenbar genügen ihm die Zehntausende, die er in den Tod gejagt hat, noch nicht. Er möchte wohl aufs neue seinem militaristischen Sadismus Ströme von Blut opfern? Weshalb fängt er nicht zunächst einmal mit seinem eigenen an? Wie wärs, wenn die Ludendorff, Bauer, Ehr-

hardt, Morgen usw. mal einen kleinen Versuch mit ihrem eigenen Heldentod machen würden, statt mit dem anderen?

Ein Augen- und Ohrenzeuge dieser neuesten Leistung des blutigen Helden von Prascynsz beschreibt uns recht anschaulich, wie dieser im Geiste die Engländer und Franzosen buhendweise zermalmt habe. Allerdings habe er dazu nicht die Kinnbacken eines Esels gebraucht, wie sein seliger Vorkämpfer Simson; im Gegenteil, seine eigenen hätten für diese doch mehr geistige Befähigung völlig ausgereicht.

Oberschlesische Arbeiterführer nach Genf berufen.

Beuthen, 27. September.

Die Kommission der Völkerverammlung, welche die oberchlesische Frage bearbeitet, ist zu dem Entschluß gekommen, die Arbeiterchaft in der oberchlesischen Frage selbst zu hören. Nachdem die Gewerkschaften ihren Standpunkt in mehreren Denkschriften niedergelegt haben, sind zwei Arbeiterführer, nämlich der Gewerkschaftssekretär Karger vom Bezirksverband der freien Gewerkschaften und der polnische Gewerkschaftssekretär und Stadtrat Kott aus Beuthen nach Genf berufen worden und bereits am Montag abgereist.

England für Unteilbarkeit Oberschlesiens?

Genf, 27. September.

In den im Völkerverbund maßgebenden Kreisen läuft das Gerücht, daß England durch die Vermittlung seines Vertreters Balfour Schritte unternehmen will, um eine Lösung der oberchlesischen Frage zu verhindern, welche Polen einen Teil des Industriebeckens auspreisen würde.

Amerika und der Friedensvertrag.

Washington, 25. September. Der Senat hat gestern die Besprechung der Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn begonnen. Senator Lodge gab Kenntnis von dem Memorandum des Präsidenten Harding. 15 Demokraten sprachen gegen den Vertrag und brachten zahlreiche Zusatzanträge ein, die besonders gegen die Teilnahme Amerikas an der Ausführung des Versailler Vertrages gerichtet sind. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Senats hat einen Antrag angenommen, der sich gegen die Teilnahme Amerikas an der Reparationsfrage ausspricht. Präsident Harding und Hughes hätten vorgezogen, daß der Vertrag ohne diese Zusätze ratifiziert würde. Angesichts der Tatsache, daß die Kommission den Antrag angenommen hat, haben sie jedoch keinen Widerspruch erhoben. Wie weiter aus Washington gemeldet wird, erklärte Senator Lodge, er hoffe, die endgültige Erledigung des Friedensvertrages mit Deutschland innerhalb von zwei Wochen zu sichern. Lodge teilte im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten mit, daß Hughes ihn davon in Kenntnis gesetzt habe, daß die Regierung mit der Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Deutschland unmittelbar nach der Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland zu beginnen beabsichtige. Nach dem New York Herald trifft die amerikanische Regierung bereits die nötigen Vorkehrungen. Der Korrespondent der Associated Press meldet, daß das französische Außenministerium noch keine amtliche Nachricht über die Abberufung der Truppen erhalten hat. Frankreich würde den Rückzug der amerikanischen Truppen aus den besetzten Gebieten sehr bedauern, da es die Anwesenheit der amerikanischen Truppen als Basis der Solidarität der Alliierten betrachtet.

Zurückziehung der amerikanischen Truppen?

Washington, 27. September.

Harding erklärte in einem Brief an Lodge, der gestern im Senat verlesen wurde, daß die Friedensverträge mit den Zentralmächten eine vollkommene Rückkehr zum Frieden bedeute. Senator Lodge wiederholte im Senat, daß die amerikanischen Truppen am Rhein so schnell wie möglich nach der Ratifikation zurückgezogen werden müßten. Er machte darauf aufmerksam, daß Italien und Japan auch keine Truppen am Rhein halten. Senator Borah wies darauf hin, daß Amerika wohl alle Vorteile des Versailler Vertrages, jedoch keinen seiner Nachteile tragen wolle und das sei unmöglich. Es wäre besser, daß Amerika sich gänzlich aus den europäischen Angelegenheiten zurückziehe, denn sonst werde es auch gezwungen sein, die europäischen Verpflichtungen zu teilen.

Die Demokratisierung der Justiz und ihre Schwierigkeit.

In keiner Frage ist sich die Sozialdemokratie so vollständig einig wie in der heftigen Forderung nach richtiger Demokratisierung der Justiz. Die Schwierigkeit beginnt erst, wenn man sich überlegt, auf welchem Wege das Ziel erreicht werden kann.

Auch auf dem Sozialdemokratischen Parteitag zu Götting hat ein Redner bei der Diskussion über den Vorwärtsschritt gemacht, welcher die Unabteilbarkeit der Richter zu befechtigen. Insbesondere hat diese Anregung keinerlei Zustimmung gefunden, und das ist gut so. Denn ganz abgesehen von der Frage, ob die Forderung der Abhebung gerechtere Urteile herbeiführen würde, ob ein solches Urteil unter Garantie überhaupt noch als Richteramt angesehen werden kann, hat es wenig Zweck, reaktionäre Richter zu ernennen, solange man nicht weiß, woher man dafür demokratischen Ersatz nehmen soll.

In dem „Sozialistischen Deutschland“ macht der Landgerichtsrat Wilhelm Krole Vorschläge zur Demokratisierung der Justiz und fügt dazu a. a. folgendes an:

Die richterliche Tätigkeit ist weder zu erweitern noch zu verengen, sondern es ist notwendig, die richterliche Tätigkeit von den überflüssigen Funktionen abzutrennen.

Anger Anfreiheit abzubringen. Die Vorherrschaft der Reaktion im Richterstand wird durch das gleiche Hauptmittel, das ihr zum Durchbruch verhalf auch niederzuringen sein: durch den Einbruch der Macht auf die einflussreiche Jugend. Die laa-kerie Demokratie muß — wie in den übrigen Zweigen der Staatsverwaltung, so auch in der Justizverwaltung den Willen zur Macht haben. Sie darf sich nicht damit begnügen, an die Spitze der Justizverwaltung ein beliebiges Mitglied ihrer Parteien zu entsenden. Sondern sie muß zuvörderst die ganze Zentralbehörde der Justiz, namentlich die für die Richterernennungen und Beförderungen maßgebenden Stellen mit aufrichtigen und tatkräftigen Anhängern der Demokratie durchsetzen. Diese Mitglieder der Zentralbehörde hätten dafür zu sorgen, daß auch die freirechtlichen Elemente im Richteramt zur Geltung kommen.

Ausgezeichnet! Aber wieviele demokratische Richter gibt es wohl in Preußen? Sie bilden unter der gesamten Richterzahl eine verschwindende Minderheit. Selbstverständlich hätten die Justizminister und Richterernennungsbehörden die Pflicht, diese paar aufrechten Demokraten vor Zurücksetzung und Kränkung zu schützen. Aber an dem Charakter des Richterstandes als einer Gesamtheit würde auch dann nichts geändert, wenn noch ein paar Richter sich als Demokraten bekennen wollten, die es heute noch aus Bequemlichkeit oder Neugierigkeit nicht tun, oder wenn gar ein paar Streber sich demokratisch gebärdeten, weil sie hofften, dabei besser vorwärts zu kommen.

Das alte liberale Kreisrichteramt ist eben ausgestorben. Als das Bürgeramt noch oppositionell war, vor Bismarcks Zeit und in seinen Anfängen, da war der demokratische Kreisrichter, der sich trotzig gegen die Willkür der feudalen Verwaltungsmaschine stellte, eine Fierde der Demokratie, und der Bürger war auf den Richter stolz. Seitdem sind die weitesten besitzenden Kreise, das Rekrutierungsfeld des Richterpersonals, durchaus reaktionär geworden. Die Demokratie, die in der Hauptsache getragen wird von den heuten proletarischen Massen, ist ihnen zuwider; die Arbeitermassen erkennen ihnen teils Hassenswert, teils verächtlich. Bürgeramt und Richteramt sind anders geworden als zur Zeit ihres Aufstieges, ihrer Kämpfe gegen den Feudalismus; jetzt kämpfen sie von oben herab gegen die aufsteigende Arbeiterklasse, und an dieser wirtschaftlichen Grundtatsache wird nichts geändert, auch wenn man ein paar Richter und Staatsanwälte spüren läßt, daß nicht mehr die Reaktion allein in der Regierung Trumpf ist.

Wir unterstreichen noch einmal: die Forderung nach Berufung von aufrichtigen demokratischen Staatsanwälten namentlich für die Prozesse mit politischem Einschlag, die Forderung nach unparteiischer Würdigung und Beförderung der demokratischen Richter ist durchaus berechtigt und muß mit allen Kräften unterstüzt werden. Aber wer damit glaubt, die reaktionäre Parteilust, die Klassenjustiz zu überwinden, der täuscht sich.

Der Richter, der aus der Bourgeoisie hervorgeht, der 12 oder 13 Jahre die höhere Schule und 3 Jahre die Universität besucht, der dann wiederum mindestens 3 Jahre unentgeltlich als Referendar im Staatsdienst arbeitet, also frühestens mit 25 bis 27 Jahren dazu kommt, mit dem Verdienen des eigenen Lebensunterhalts anzufangen — dieser Richter wird unter den heute gegebenen politischen und wirtschaftlichen Gesamtverhältnissen stets ein Reaktionsär sein. Ausnahmefälle werden die Regel nur bestätigen. Diesen Berufsrichter kann man nicht reformieren, mentigens nicht, ehe die höheren Schulen und Universitäten aufgehört haben dem Geldhaad zu dienen, ehe sie nicht ausschließlich der Reaktion zugewandt sind. Das ist eine Entwidlung auf so lange Sicht, daß wir sie nicht abwarten können.

Weil der preussische Richter nicht zu reformieren ist, weil er unabsehbar und gegen seinen Willen nicht einmal verkehrbar ist, darum müßte der beste preussische Justizminister scheitern. Wer der Sozialdemokratie das Justizministerium anbietet, will sie in eine Falle locken. Das ist keine Entschuldigung für die Nachgiebigkeit des jetzigen Justizministers gegenüber reaktionären Einflüssen, aber eine notwendige Warnung.

Unmittelbare Hilfe kann nur der Reichsjustizminister bringen. Je mehr er den nicht zu reformierenden Richter absetzt, den Berufsrichter namentlich in allen politischen Dingen, in allen Strafsachen ausschaltet und dafür Jurat, daß an seiner Stelle Schöffin und Geschworene kommen, Männer und Frauen, die wirklich vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen werden, umso mehr wird er für die Reform der Justiz, leisten. Herr Schiffer, der jetzt nicht zum erstenmal im Reichsjustizministerium sitzt, hat fürchterlich lange gezögert und die wertvollste Zeit nach der Revolution verstreichen lassen. Jetzt endlich, nach der Ernennung Erzbergers, scheint er mit einer Notreform zum Gerichtsverfassungsgesetz an den Reichstag kommen zu wollen. Ihn gilt es vorwärts zu treiben, die jetzt endlich angekündigte Reform möglichst durchgreifend zu gestalten, aber sich nicht in den Zerwahn verlocken lassen, als könne der Klassenjustiz von der Verwaltungsseite her beigegeben werden.

Deutsche Volkspartei und Regierungsbildung.

H. Berlin, 26. Septbr.

Die Frage der Regierungsbildung wird naturgemäß im Reich wie in Preußen in den nächsten Tagen beim Zusammentritt der Fraktionen erörtert werden. Ueber die Haltung der Deutschen Volkspartei dazu erzählt die Scherl-Presse, daß ein Ausschuß von mehreren Mitgliedern in Heidelberg eingesetzt worden sei, um die Voraussetzungen zu prüfen, unter denen die Deutsche Volkspartei ihr grundsätzliches Einverständnis zum Eintritt in die größere Koalition geben könne. Die „Vollstiche Zeitung“ will zu diesem Thema erfahren haben, daß die Bestimmung in steuerpolitischer Hinsicht, die man an den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung knüpfen kann, nach den sehr interessanten Steuerberatungen der Partei in Heidelberg nicht gerechtfertigt erscheinen.

Insmerhin wäre es ganz interessant zu erfahren, wer die Herren sind, die zur Festlegung der Taktik der Deutschen Volkspartei in der Frage der Regierungsbildung und der Steuerfindung Herrn Dr. Stresemann beigegeben worden sind. Sollte unsere Information zutreffend sein, daß die Herren Admiral von Brüninghaus, Kempkes und andere noch ausgesprochene Deutschnationale sind, so möchten wir doch das Zustandekommen einer Verständigung noch sehr stark bezweifeln.

Besprechungen.

Berlin, 27. September.

Besprechungen über die Kabinettsbildung sind in der gestrigen interfraktionellen Besprechung nicht erfolgt. Gegenwärtig bestehen, wie politische Kreise erklären, zwischen den Ansprüchen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei in wichtigen wirtschaftlichen und politischen Fragen noch große Differenzen, deren Beseitigung erhebliche Schwierigkeiten bieten. Einer der Hauptgegenstände liegt in der Beurteilung der Steuerfragen. Der gestrige Besuch des Abg. Stresemann bei dem Reichskanzler Dr. Wirth, der zwei Stunden dauerte, galt in der Hauptsache den Fragen der Kabinettsbildung im Reich und den ihm noch entgegenstehenden Hindernissen. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß die Kabinettsbildung in Preußen der im Reich vorzugehen dürfte, die voraussetzungen vollständig

getrennt von dieser behandelt werden wird. Die Fraktionen des preussischen Landtages treten in ihrer Mehrzahl heute zusammen, Voraussichtlich dürfte morgen eine interfraktionelle Besprechung stattfinden.

Erste Lage in Höchst.

H Höchst, 26. September.

Zu den Höchster Ereignissen, die sehr erste Nachwirkungen gehabt haben, wird noch gemeldet: Ein junger Angestellter der Höchster Farbwerke hatte über die Oppauer Katastrophe eine überaus rohe Bemerkung gemacht, die die Arbeiter auf das äußerste erbittern mußte. Arbeitermassen zogen um zu demonstrieren. Jetzt sind die Höchster Farbwerke und die Kunstleibefabrik Kestlerbad geschlossen worden. Auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes für die chemische Industrie ist das Orisheimer Elektrizitätswerk der Maßnahme gefolgt. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind fristlos entlassen worden. Dadurch ist ein sehr erster Zustand geschaffen worden. Die Erregung der Arbeiterchaft ist groß. Sowohl in Griesheim wie in Höchst haben heute morgen die Arbeiter den Zugang zu den Fabriken unter Kontrolle gestellt und die Angestellten am Betreten der Anlagen verhindert. Jedoch ist nach heute morgen eingeholten Informationen im übrigen die Ruhe aufricht erhalten geblieben. Aus Höchst speziell wird uns gemeldet, daß dort ältere Arbeiter selbst auf den Straßen für die Ordnung sorgen. Auch ist in Verhandlungen zwischen dem Landrat, Vertretern der Stadt Höchst und den Gewerkschaften sowie direkten Vertretern der Arbeiterchaft eine Vereinbarung dahingehend zustande gekommen, daß das Wasserwerk, das Gaswerk und das Elektrizitätswerk aufricht erhalten bleiben, desgleichen die Pferdeklötze im Seimbetriebe. Auch im „Oleum“-Betriebe wurde die Arbeit nicht unterbrochen, da diese sonst erst nach Monaten wieder aufgenommen werden könnten. Es arbeiten 50 Personen.

Däumig und Abolf Hoffmann aus der R.P.D. ausgetreten.

Berlin, 27. September.

Nach Mitteilungen der „Partei-Politischen Nachrichten“ sind die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Däumig und Abolf Hoffmann aus der R.P.D. ausgetreten. Es ist noch unbekannt, ob sie auch ihr Reichstagsmandat niederlegen oder sich einer anderen Fraktion anschließen.

Bezirksseifenbahnrate.

NZ. Berlin, 27. Septbr.

Im Reichswirtschaftsrat ist am 20. September durch den Verkehrsaußschuß der vom Reichsverkehrsminister vorgelegte Entwurf einer Verordnung betreffend die Beträge für die Eisenbahnen beraten worden. Danach sollen im ganzen Gebiet der Reichseisenbahnen 11 Bezirksseifenbahnrate gebildet werden. Die Hälfte der Mitglieder eines Bezirksseifenbahnrates soll von den staatlich organisierten Wirtschaftskörpern (Handels-, Gewerbe-, Handwerks-, Landwirtschafts-Kammern) gestellt werden. Die Arbeitgebervertreter bei den Landesversicherungs- und Sonderanstalten und die Vertrauensleute der Angehörten-Versicherung sollen ein Viertel der Mitglieder stellen und die Regierungen der beteiligten Länder das letzte Viertel.

Gegen diese Verminderung des Einflusses der Arbeiter haben die Arbeitervertreter im Verkehrsaußschuß sofort entschiedensten Protest erhoben. Sie betonten, daß die Vertretung der Arbeiterchaft, wie sie im Entwurf vorgesehen ist, eine schwere Verletzung des Grundgesetzes der Parität sei. Bei 25 Prozent Arbeitnehmervertretern im Bezirksseifenbahnrat kämen die Rechte der Arbeiter einbüßen zu kurz. Es wurde zwar anerkannt, daß die organisierten staatlichen Wirtschaftskörper eine einflussreiche Vertretung im Eisenbahnrat haben müßten, aber der Grundlag der Parität müsse gewahrt bleiben. Die Arbeitervertreter schlugen vor, daß die Mitglieder des Bezirks-Eisenbahnrats zu einem Drittel von dem staatlich organisierten Wirtschaftskörper, zu einem Drittel von den Gewerkschaften und zu einem Drittel von den Landesregierungen gestellt werden. Dagegen ließen die Arbeitgebervertreter Sturm. Sie empfahlen, an der alten Tradition festzuhalten und den staatlich organisierten Wirtschaftskörpern zum Vorteil des Wirtschaftslebens einen größeren Einfluß zu gewähren.

Nachdem die Arbeitnehmervertreter betont hatten, daß man auch in den Arbeitnehmerkreisen viele Sachkundige namentlich im Tarif-Verkehrs- und Aufertigungsfragen finde, kam es zur Abstimmung. Dabei ergab sich eine Mehrheit für die Anträge der Arbeitnehmer.

Von besonderer Wichtigkeit ist, daß der Reichswirtschaftsrat sich gegen eine Verschleppung der Bildung von Bezirksseifenbahnraten wendet und daß er verlangt, daß nicht zum Schaden eines einseitigen Bewirtschafung des gesamten Verkehrsapparates die ganze Angelegenheit verdrängt wird bis die Frage der Wirtschaftsräte und der Bildung von Wirtschaftsbezirken erledigt ist. Der Verkehrsaußschuß hat folgenden Antrag einstimmig angenommen:

„Der Reichswirtschaftsrat hält die baldige Schaffung neuer Eisenbahnbezirksräte der Reichseisenbahnen und eines darauf aufbauenden Reichseisenbahnrates für geboten. Sie sollte leinstens bis nach der Bildung der Wirtschaftsbezirksräte verschoben werden. Der Reichswirtschaftsrat ist einverstanden mit dem Grundsatze der Vorlage der Regierung, daß bei der Bildung der Eisenbahnbezirksräte in erster Linie die wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zusammenhänge berücksichtigt werden und nicht die politischen Grenzen der Länder ausschlaggebend sein sollen.“

Es darf wohl angenommen werden, daß sich der Reichswirtschaftsrat mit seiner ganzen Autorität hinter diesen Antrag stellen und damit endlich die Bezirksseifenbahnrate erzwingen wird.

Die Mörder Erzbergers.

Aus Angestelltenkreisen schreibt man uns:

„Oberregierungsrat Klüber, Vorstand der württembergischen Landespolizei, gab kürzlich Vertretern der Presse Aufklärung über die Ermittlungstätigkeit der Polizei in der Nordangelegenheit Erzberger. In den darüber von zuverlässigen Zeitungen veröffentlichten Berichten heißt es unter anderem:

„Es wurden Bruchstücke einer Mitgliedsliste für einen kaufmännischen Verein in Hamburg mit Bruchstücken des Namens Heinrich Schulz gefunden, ferner Notizen über den Kauf von Koffern in München, Briefumschläge mit Poststempeln von München, Saalfeld und Landau.“

Weiter wird der Titel des kaufmännischen Vereins in Hamburg nicht genannt. Aus den bisherigen behördlichen Feststellungen ist bekannt, daß einer der flüchtig gegangenen Mörder der am 20. Juli 1893 zu Saalfeld a. S. geborene

Heinrich Schulz als ehemaliges Mitglied der Brigade Ehrhardt rechtsradikalen Kreisen angehört und kaufmännisch als Lehrling in einer Maschinenfabrik und Eisengießerei zu Saalfeld und zuletzt als Volontär in der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft zu Regensburg tätig war. Schulz gehört seiner Vergangenheit nach ohne Zweifel zu jenen Schreibern, die sich fälschlich „deutschnational“ nennen und in der antimilitärischen Unkultur und Gewalt ihr Lebenssymbol erblicken. Mit dem geheimnisvoll angedeuteten „kaufmännischen Verein in Hamburg“ kann daher vermutlich nur der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband (D. H. V.), Sitz Hamburg, gemeint sein, der — wie aus den jüngsten Verhandlungen des Parteitag des Deutschnationalen Volkspartei in München ersichtlich ist — sogar besondere politische Arbeitsgemeinschaften der D.H.V.-Mitglieder für „Kultur- und Nationalpolitik“ gebildet hat, um den monarchistisch-nationalistischen Heerbann zu stärken und dem Geist des angefallenen wilhelminischen Zeitalters erneut die Wege zu ebnet.

Die gesamte Angestelltenchaft hat daher ein großes, berechtigtes Interesse daran, zu erfahren, ob der Mörder Heinrich Schulz tatsächlich Mitglied des D. H. V. ist. Vielleicht äußern sich dazu nicht nur die zuständigen Polizeibehörden, sondern auch die Hauptverwaltung des D. H. V. in Hamburg. Sollte unsere Annahme zutreffen, so würde die Tat ein großes Schlaglicht auf die „gewerkschaftliche“ und „christlich-ethische“ Erziehung im D. H. V. werfen.“

Ein reaktionärer Erlaß.

Der preußische Minister des Innern, Dominicus, will den Landfriedensbruch bekämpfen. Er nimmt in einem Erlaß auf die Vorgänge in Wilmersdorf bei Bernau am 18. September Bezug, wobei es zu einem Spektakel zwischen angeblichen Kommunisten und deutsch-nationalen Parteigängern kam. Diese hatten eine patriotische Gedenkfeier inszeniert und jene suchten sie zu stören. In dem Erlaß heißt es:

Ich erlaube Sie demgemäß, Ihrerseits jedes gesetzliche Mittel anzuwenden, um die Wiederholung von Ausschreitungen oder erwählter Art im Keime zu ersticken. Da die Ausschreitungen eine gewisse Vorbereitung und Planmäßigkeit erkennen lassen, wird es auch Aufgabe der Polizei sein, Vorkehrungen zu treffen, damit sie von der Absicht weiterer derartiger Störungen und Exzesse rechtzeitig Kenntnis erlangt, um daraufhin die nach Lage des Falles notwendigen Sicherheitsmaßnahmen treffen zu können. Auch die politische Tagespresse wird auf Andeutungen zu kontrollieren sein, die erkennen lassen, wohnin sich an den bevorstehenden Sonntagen voraussichtlich Angehörige der Parteistellungen, denen jene Ausschreitungen vor allem zur Last gelegt werden müssen, in größerer Zahl begeben werden, und der Verkehr auf den Bahnhöfen wird in geeigneter Weise zu beobachten sein.

Kommunisten.

Vereinigte oder verunreinigte.

Die unabhängig-sozialistische „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 221 vom 21. September) bringt über „die parlamentarische Vertretung der „Vereinigten KPD.“ folgende hostile Notiz: „Die Vereinigte kommunistische Partei zählte nach der Spaltung in Halle eine Reichstagsfraktion von 26 Mitgliedern. Während der Sommerferien hatten die Moskauer Zeit zum Spalten. Die Wirkung wird sich beim Wiederzusammentritt des Reichstags in folgender Vertretung zeigen:

1. Die Moskauer: Kemmel, Stoeder, Höllein, Könen, Fröhlich.
2. Die Leviten: Levi, Malzahn.
3. Die Ausgeworfenen: Reich, Düwell, Geyer junior.
4. Die Ausgetretenen: H. Teuber, Marie Wadwig.
5. Die Untergebundenen: Jettin, Hoffmann, Pieltner, Ehardt, Braß, Barß, Seydemann.
6. Die schwankenden Gestalten: Dr. Herzfeld, Geyer senior, Berthold, Eichhorn, Däumig, Thomas, F...

Eine Gewaltprobe der Großindustrie.

Wegen angeblicher Exzesse gegen die Direktion der Höchster Farbwerke haben diese und die Kunstdüngemittelwerke, die im Einverständnis mit dem Arbeitgeberverband ihre Werke geschlossen und sämtliche Arbeiter fristlos entlassen. Von dieser Entlassung dürften mehr als 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen sein.

Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie teilt mit, daß auch die chemische Fabrik Griesheim „Elektron“ ihren Betrieb in Griesheim unter fristloser Entlassung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen schließt.

Aufbau und Wiedergutmachung.

Von Artur Saturnus.

S. A. K. Der Vertrag von Versailles tracht in allen Ecken. Nachdem zuletzt im Londoner Ultimatum eine provisorische Lösung der strittigen wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen gesucht worden, trägt sie schon nach wenigen Monaten alle Kennzeichen eines morschen Gebäudes. Keiner getraut sich mehr heran, Sieger und Besiegte, Gläubiger und Schuldner stehen stummend oder besorgt vor der Erkenntnis, daß es so jedenfalls nicht geht. Die Kohlenlieferungen, um deren Höhe Frankreich noch in Spaa kaum vor einem Jahre unter befalliger Miene Stinnes' fast seine Truppen in Marsch gesetzt hätte, hat man ohne alle diplomatischen Aufregungen schon vor Monaten ganz von selbst herabgesetzt. Neuzubauende Schiffe verlangt man nicht mehr, ebenso verzichtet man auf die deutschen Teerlieferungen. Die Beratungen über die Sachlieferungen zum Wiederaufbau Frankreichs drehen sich auf der gegnerischen Seite viel weniger darum, daß man möglichst schnell und möglichst alles benötigte Material erhielt, als darum, wie man sich von der Pflicht, Sachlieferungen in Zahlung zu nehmen, frei machen konnte. Um so ängstlicher aber steht man auf den Devisen-

kurzetteln und stellt fest, daß die Vernichtung der deutschen Zahlungskraft alle Träume auf Goldenscheidigung nach dem Rezept der Chauvinischen Internationale der Gewalt zu nichts zu machen droht.

Nicht lange mehr kann es dauern, bis die Krise des Friedensvertrages zum offenen Ausbruch kommt. Banken und Industrie, für die die Völkervernichtung trotz des Produktionsrückganges ein glänzendes Geschäft geworden ist, beginnen einzusehen, daß sich an der mitteleuropäischen Meite auch verdienen läßt und wollen dem Reiche Goldgeld leihen. Frankreich fängt an zu merken, daß Hochs Sabel an der Macht ökonomischer Tatsachen und internationaler Freundschaftsinteressen auch nicht mehr viel ändern kann. Und so ist es vielleicht nur noch eine Frage von Monaten, bis die Einsicht durchbricht, daß der Wiederaufbau der Welt ein Problem der internationalen Wirtschaftssolidarität ist. Dann aber wird es Zeit, sich auf die ökonomische Kraftanstrengung vorzubereiten und nach Wegen zu suchen, die aus dem Marasmus des Völkermordes und des von Humanitätsphrasen umbrämten Handelskrieges heraus und zur Verstärkung der Völker führen. Der Aufbau der Weltwirtschaft hat dann aufgehört, ein Tummelplatz für Anexionisten und friedliche Durchdringer, für Krämer der Waffe und des Mammons zu sein. Er wird zur Aufgabe, die mit dem höchsten Aufgebot ökonomischer und sittlicher Kraft, mit klarer wissenschaftlicher Zielsetzung und zweckmäßiger, alle Reibungen der Interessengruppen ausschaltender Organisation gelöst sein will.

Hier hat Parvus in einer Reihe von Artikeln eine Lösung gewiesen, die jetzt in Buchform im Verlag von Sozialwissenschaft (Preis 60 Mk.) erschienen sind und die für sich in Anspruch nehmen können, der erste umfassende Plan zur Überwindung der internationalen Kriegsfolgen zu sein. Parvus geht aus von dem Wiederaufbau der besetzten Gebiete, den er unabhängig von dem schwankenden Geldwert der Anlagen und den Gekostungen der Wiederherstellung durchgeführt sehen will. Doch das ist nur die eine Seite. Frankreich braucht auch Geld, die deutschen Reichsfinanzen aber sind unterwühlt durch Systemlosigkeit der Steuern und durch eine von Tag zu Tag um hunderte von Millionen anwachsende Schuldenlast. Das Zentralproblem lautet nicht Wiederherstellung des Exports allein, sondern Wiederherstellung der deutschen Produktionskraft ganz allgemein, für die eine Neubelebung der Konsumkraft wohl die wichtigste Voraussetzung ist. Zur Wiederherstellung der Gütererzeugung aber bedarf es der Beseitigung der Kriegsfolgen in der eigenen Währung und Wirtschaft, also in allererster Linie großer internationaler Kredite. Alle diese Momente drängen zu einem großzügigen Wirtschaftsplan. In seinem Mittelpunkt steht die Zusammenfassung der wichtigsten und für den Wiederaufbau der deutschen Gütererzeugung wie der zerstörten Gebiete grundlegenden Industrien mit dem Ziel ihrer durchgreifenden Rationalisierung. Eine Beteiligung des Reiches nach Maßgabe des von ihm durch die Eisenbahn eingebrachten Anlagekapitals, also zum mindesten mit etwa 30 Milliarden Goldmark, würde ihm seinen steuerlichen Anteil am Ertrag der Produktion sichern. In den Konzern gehören alle diejenigen Industrien, die infolge ihrer Zusammengehörigkeit und der gegenseitigen wirtschaftlichen Bedingtheit heute schon sich in einer Reihe horizontal — Syndikate — oder vertikal — Trusts — organisierter riesiger Privatunternehmungen zusammengefaßt haben, so: Bergbau, Hütten, Steine und Erden, Maschinenbau, chemische Industrie, Leuchtstoffe und Zette, Baugewerbe, Banken, Versicherungen und Verkehrsgewerbe. Dieses letztere, das heute in den staatlichen Eisenbahnen, in den kommunalen und gemeinwirtschaftlichen Straßenbahnen usw., isoliert von der Entwicklung der anderen Wirtschaftszweige steht, bedarf des Anschlusses an die Gesamtwirtschaft, der es dient, und von der es seine Produktionsmittel bezieht. Parvus rechnet damit, daß der Konzern durch Erhöhung seines Kapitals 22,5 Milliarden Gold neu aufbringen kann, wovon der Staat 10 Milliarden erhält, während das übrige zur Stärkung der Produktion bleibt. Man vergleiche diese 10 Goldmilliarden mit der Summe, die die Industrie dem Reiche leihweise besorgen will, man stelle sogar ruhig noch Rechenfehler ein — und man sieht, wie himmelhoch sich die ökonomische Kraft der organisierten Maschinenindustrie von dem Unvermögen der miteinander streitenden Interessengruppe abhebt!

Wo eine Art Trust-Planwirtschaft? — Ja! Aber keine Konstruktionen, die von der Illusion ausgehen, man brauche die Unternehmer nur schön zu bitten oder ihnen ein paar Duzend Paragraphen hinzustellen, um sie zu seiner Gemeinwirtschaft zu bestimmen. Parvus' Vorschläge fußen auf der Tatsache, daß der Wiederaufbau als eine Aufgabe aufgefakt werden muß, die die Wirtschaft der nächsten Zeit beherrscht, nicht als eine Bagatelle, die so nebenher durch die Privatinitiative der Unternehmer miterledigt werden kann. Noch fehlt das Bewußtsein dieser Aufgabe in der nationalen Wirtschaftsführung. Es zu wecken wird dieses Buch sicherlich stark beitragen. Auch in anderer Richtung ist es reich an Lehren und Anregungen. Hier ist nämlich der Aufbau eines gemeinwirtschaftlichen Trusts unter dem Gesichtspunkt des vorhandenen Bedarfes gedacht, der bereits organisiert ist oder jedenfalls organisiert werden muß. Der Bedarf ergibt sich aus den sachlichen Forderungen des Wiederaufbaus, angefangen von der Kreditbeschaffung bis zum Wohnungswesen oder den Sachlieferungen an Frankreich — eine Gedankenleiste, wie sie früher mit anderen Zielen und engerem Wirkungsbereich von Horten aufgestellt worden ist und die im Grunde dem Genossenschaftssozialismus eng verwandt ist. Es besteht überdies kein Zweifel, daß die Bedürfnisse des Staates, zumal der Eisenbahnen, der deutschen Werke usw. zu einer Konzentration dieser Art drängen, ganz gleich, wie die Industrie dazu stellt. In diesen Fragen bringt das Buch wertvolle Hinweise. So ist die Schrift ein Wegbereiter einer Fülle von Ideen, die sich zum Teil noch dunkel aus der wirtschaftlichen Zeitgeschichte herausheben, die aber mit jedem Tage, wo der Vertrag von Versailles zerfällt und wo die Tot des Reiches wie der Vertragsstaaten steigt, ihrer Reife nähertommen.

Volkswirtschaft.

Wie Stresemann wiederaufbaut.

Die Sarotti-Schokoladen- und Kakaos-Industrie-A.G., die in diesem Jahre schon einmal neue Aktien in Höhe von 6 Millionen Mark Aktien ausgegeben

hat, beabsichtigt, eine neue Kapitalverwässerung. Das Aktienkapital soll vervierfacht, die neuen Aktien zu 100 Proz. auszugeben werden. Die alten Sarotti-Aktien wurden am 21. d. M., also ehe der Beschluß des Aufsichtsrats bekannt war, mit 2600 an der Börse notiert. Jeder Aktionär, der das Recht auf den Bezug dreier neuer Aktien erhält, erzielt also rund 1800 Proz., wenn er das Bezugsrecht verkauft. Bei der letzten Kapitalerhöhung brachte die Sarotti-A.G. ihren Aktionären auf dieselbe Weise ein Bezugsrecht zugute, das an der Berliner Börse mit 1000 Prozent bewertet wurde. Es ist also hier ganz offensichtlich, daß es sich um eine Kapitalverwässerung im besten Sinne handelt. Die Gesellschaft kann ihre hohen Gewinne nicht unterbringen und schlägt auf das eben erst erhöhte Aktienkapital wieder 40 Proz. Dividende vor. Wie man sieht, hat auch die bisherige Kapitalverwässerung nicht, die Dividenden niedrig zu halten vermocht, was ja ihr eigentlicher Zweck ist.

Diese Kapitalverwässerungsmanöver, die ein großzügiger Verzicht auf Betriebskapital zugunsten der Aktionäre sind, und die Spielwut der Börse stark anregen, sind bei der Sarotti-A.G. doppelt interessant. In ihrem Aufsichtsrat sitzen nämlich neben Herrn Dr. Gustav Stresemann, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, auch Vertreter schwedischen Kapitals. Soweit ist das Auslandskapital bereits in das Unternehmen eingedrungen. Diese valutarischen Männer erhalten nun auf Grund ihres Bezugsrechts für je 50 Goldmark drei neue Sarottiaktien, die einen Nominalwert von 1000 Mark haben und an jeder Börse nach dem gegenwärtigen Kursstand für rund 7000 Mk. verkauft werden können. Die Substanz deutschen Volkvermögens wird auf diese Weise den Ausländern zu einem Schleuderpreise hingegeben. Vielleicht kann man auch das „Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft“ nennen.

Bemerkenswert ist noch, daß die geradezu wucherischen Gewinne der Sarotti-A.G. nur dadurch möglich sind, daß der schlechte Valutastand es verbietet, verarbeitetes Kakaopulver und Schokolade in beliebigen Mengen aus dem Ausland hereinzulassen. Sonst würden wenigstens die deutschen Verbraucher zu mäßigen Preisen Schokolade und Kakaos erhalten können. So aber hat die Industrie ein Monopol, daß sie tatkräftig ausnützt und an dessen Erträge das Auslandskapital teilnimmt.

Wenn diese Summen zum Wiederaufbau der Welt, die zur Erfüllung des Friedensvertrages im Rahmen des Möglichen verwendet werden sollen, nennt das die deutschnationalen Presse „Verflistung an das Ausland“. Die Arbeitererschaft weiß allerdings nicht erst seit gestern, daß die Internationale des Kapitals sich gern durch Nationalisten in den einzelnen Ländern vertreten läßt.

Besserung

Der oberschlesischen Kohlenförderung.

Die durch die Polenputzsch so schwer geschädigte oberschlesische Kohlenförderung bessert sich wieder merklich. In den ersten 20 Tagen des September hat sich die durchschnittliche Arbeitsleistung beträchtlich gehoben. Die tägliche Förderung betrug im Durchschnitt 86 658 Tonnen gegenüber 79 774 Tonnen im Monat August. In der ersten Hälfte des September betrug die Gesamtproduktion 1 809 769 Tonnen. In der ersten Hälfte des August wurden dagegen nur 1 808 885 Tonnen gefördert. Auch die Wagengestellung hat sich trotz der erhöhten Anforderung sehr gebessert. In der ersten Hälfte des September wurden 44 000 Wagen mehr angefordert, als in der gleichen Zeit des August. Davon wurden nur 5,8% nicht gestellt. Im August konnten 17% der angeforderten Wagen nicht gestellt werden. Der Versand der oberschlesischen Kohle ging nach folgenden Ländern: Inland 876 454 Tonnen, Polen 391 266 Tonnen, Tschechien 109 918 Tonnen und sonstiges Ausland 428 126 Tonnen.

Kartoffelnotierung.

Hamburg, 27. September.

Die bei der Handelskammer bestehende Notierungskommission hat am 26. September folgende Notierung festgesetzt: Preise für Speisekartoffeln, handelsübliche Ware, wie sie vom Großhandel an den Erzeuger ab Station bezahlt werden, wozu Frachtkommission usw. hinzukommt: Speisekartoffeln, weiße 43—52 Mk per 50 Kilogramm, rote 40 bis 45 Mk., gelbe 54—56 Mk.

Devisen-Kurse.

Berlin, 28. September.

Amlicke Devisennotierung an der Berliner Börse.

	28. Sept.	24. Sept.	
Amsterdam	100 fl.	3621.35	3456.50
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	826.65	789.20
Kristiania	100 Kr.	1448.55	1376.10
Kopenhagen	100 Kr.	2027.25	1938.05
Stockholm	100 Kr.	2547.45	2402.55
Helsingfors	100 finn. Mk.	159.50	162.80
Rom	100 Lire	479.50	449.05
London	1 £	423.05	408.55
New York	1 Doll.	117.38	108.76
Paris	100 Frs.	823.19	766.70
Zürich	100 Frs.	1998.—	1878.10
Madiid	100 Pesetas	1513.45	1408.55
Wien	100 K.	7.88	8.98
Budapest	100 K.	17.28	16.43
Prag	100 K.	122.85	122.10

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 26. September 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsor	Fahrtzeit
S.	Georgina	Beermann	Odenie		
S.	Emma	Saarinen	Hoberghamm	10	
S.	Norden	Mattson	Welle	1	

Angelommen am 27. September 1921.

D.	Negier	Holmberg	Helsingfors	4
D.	Galland	Holmen	Åbo	2 1/2
D.	Bojeidon	Androos	Helsingfors	3
S.	Luije	Hartmann	Narväs	2
S.	Schneewittchen	Götsche	Randers	2
S.	Promiße	Hanson	Natstow	6
S.	Mars	Rodde	Kopenhagen	2

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikant Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gemeinwesen August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co. Amtslich in Lübeck.

Belanntmachung.

Vom 1. Oktober d. J. ab werden in der Invalidenversicherung für die Versicherten nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes folgende Lohnklassen gebildet, nach welchen die Beiträge zu entrichten sind:

Klasse	Höhe des Jahresarbeitsverdienstes	Höhe des Wochenbeitrags
A bis zu 1000 M.	1000 M. bis zu 8000 M.	8,50 M.
B von mehr als 1000 M.	5000 M.	4,50 M.
C	7000 M.	6,50 M.
D	9000 M.	7,50 M.
E	12000 M.	9,00 M.
F	15000 M.	10,50 M.
G		12,00 M.
H		15,00 M.

Die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes richtet sich nach der im Deutschen Reichsanzeiger Nr. 217 veröffentlichten Bekanntmachung des Reichsarbeitsministers vom 18. September 1921.

Für Beschäftigungswochen vor dem 1. Oktober d. J. sind bis auf weiteres noch die bisher geltenden Beiträge zu entrichten.

Lübeck, den 26. September 1921. (6987)

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (6783)

Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10
Mgl. d. R.-Sparv. Cubeca

Neu erschienen!

Vorwärts-Kalender 1922

in Tiefdruck, reich illustriert, zum Preise von Mk. 4.—

Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46.

J. H. Wein

Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für
erstklassige Manufakturwaren • Spezialhaus für Betten, Bettfedern und Daunens • Herren- u. Knaben-Garderoben Arbeiter- und Berufskleidung. (6778)

Neues Volksliederbuch

mit Anleitung zur Lautenbegleitung.

Preis Mk. 5.50.

Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Die Abreibung der Leibesbrust

von Univ.-Professoren
A. Grafahn u. E. Hasbruch
Wichtig für Eheleute, Aerzte und Hebammen!
Preis M. 2.—

Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Für jeden Schuh

ob derb, ob fein,



wird Rotfroschpartei

richtig sein

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder

Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz.

30. Braucht Beschäftigung irgend welcher Art (6986) Beckergroße 46.

Gesucht zum 1. Oktober evtl. später ein ält. Kuchb. Theodor Schlüter, Genin. (6947)

Zimmerer (6957) gesucht. W. Schläger, Cleverbrück.

Suche z. Aushilfe Beschäft. z. Kartoffelernte. Abt. erb. u. W 610 an die Exp. d. Bl. (6950)

Handwerker sucht e. möbl. Zimmer m. Kleiderschr. z. 1. Okt. M. d. Stadt oder Holtendor. Ing. u. A S an die Exp. d. Bl. (6942)

Knabenfahrrad zu verk. (6953) Belzerstr. 81a.

Zu verk. Klappst. mit Verb. Engelswisch 43 M. r.

Uniformm. d. Bl. zu verk. (6952) Moisl. Allee 86 II.

Kürbisse zu verkaufen. (6952) Ziegelstr. 15.

2 Schlachtschweine zu verk. (6954) Augustenstr. 29a.

Ein Satz **Fertel** billig zu verk. E. Kläwer, (6959) Schwartauer Allee 133.

2 Satz **gr. Fertel** billig zu verk. Krempelsdorfer Allee 80. (6960)

Kinderschuhe z. E. gef. Ang. Nr. 25 an die Exp. (6949)

Wer leidet ehrl. Leiden 500 bis 600 M. geg. 100 M. tagl. Rückzahl. 50 M. und hohe Zinsen. Angeb. u. L B an die Exp. d. Bl. (6948)

H. Schultz, Uhrmacher, Johannisstraße 20. Ohren und Goldwaren.

Achtung! Metalle, Eisen, Lampen, Zeitungen, Papier usw. taufst zu höchsten Preisen (6930) Fr. Meyer, Glockengießerstr. 61

Die neuen **Postgebühren** - 50 Pfg. - Friedr. Meyer & Co.



Henko

Henkel's Wasch-Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausarbeit
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Firma Schärfe & Co. konnte am 23. d. M. der Monteur **Emil Treunies**, Hundestr. 31 zurückblicken. Der Senat nahm Veranlassung, ihm die Ehrenmedaille für Treue im Dienste überreichen zu lassen, und es hat dem Jubilar auch an sonstigen Auszeichnungen an seinem Ehrentage nicht gefehlt. Möge es dem allerseits geachteten Manne vergönnt sein, noch recht lange in ungetrübter Lebensfreude in seinem Beruf tätig sein zu können. (6963)

100 Mk. Belohnung! (6959) erhalten Sie, wenn Sie beweisen, daß Ihre Tätowierungen, Narben, Leberflecke und Fühnerangen nach Anwendung ohne Schneiden und Stechen durch das Universalmittel „Loko“ nicht verschwinden sind. Alleinverkauf: Friseur Heiner. Wiese, Aegidienstr. 4. Ausschneiden! Anzeige erscheint nicht oft.

Bequem! Sauber! Wirksam!
„Thermidor“ Herde u. -Ofen sind im Gebrauch u. Anschaffung am billigsten! (6928) Täglich im Betrieb zu sehen Gg. Krach, Lübeck, Glockengießerstraße 50.

Gegen Wanzen, Flöh' u. Läuse
Nimmt **Riesolda** nur der Weise: Augenblicklich wird gesund. Eier u. Nist u. Rag' u. Hund. In 1/2 Stunde vernichten **Garantie Kopf-, Filz- und Kleider-** sow. Brit (Niss.) Wanzen, Flöhe h. Mensch. u. Tier „Riesolda“, g. gesch. Mitt. Wund. unsch. Verk. nur: Heiner. Wiese, Aegidienstr. 4. Preis 5 und 7.50 Mk. (6939)

Warum zögern Sie noch?

Sie können auf jede Reparatur und Stepperei warten.

Machen Sie einen Versuch und Sie werden staunen

über die Güte und Preiswürdigkeit der Arbeit,

die mir Ihre ständige Kundschaft sichern.

REFORM

Schwarze-Reparatur und Stepperei m. elektr. Betrieb

Inhaber: **Robert Jentzen**
Leder- und Bedarfsartikel-Handlung.

Nur **50 Huxstraße 50.**

6974a

Dienstag u. Mittwoch
Pa. Böhmisches Gurken
Salat- und Einlege-Ware, nicht bitter. (6945)
Mo Waggon Holstenbrüde u. Marktalle (bei Käseh.)
Müller & Wunderlich.

Gardinen (6946) An der Mauer 84.

Konzerthaus Lübeck.
Für die Winter-Saison sind meine **Säle und Klubzimmer** noch einige Sonn- u. Wochentage frei.
Heinz Cyriacks. Tel. 408. (6933)

Kolosseum.

Freitag, den 30. September 1921, abends 7/8 Uhr.

Vorführung künstlerischer Gymnastik künstlerischer Tanz

Helene Scharif dipl. Lehrerin unter Mitwirkung von Assistentin (6934)

Herta Opitz dipl. Lehrerin und einigen Schülerinnen.

Karten zu M. 10.-, 7.-, 6.-, 3.-, zuzügl. 20% Steuer, bei Ernst Robert, Breite Str. 29 u. a. d. Abendkasse.

Konzerthaus von 7-1 u. 3-6 Uhr.

Luisenlust. Mittwochs Tanz.

Damen Eintritt frei. (6929)

Kolosseum Ball
Jeden Mittwoch und Sonnabend Kassenöffn. 6 1/2 Uhr.
Heinrich Ohde. (6928)

Allerfeinste Meiereibutter 28 Mk.

Frische Landbutter 26 Mk.

Th. Storm Nachf. (6956) Königstraße 98.

Privatdrucksachen

gewinnen in der heutigen Zeit immer mehr an Bedeutung.

Gluckwunschkarten

Hochzeitseinladungen

Verlobungsanzeigen

Danksayungen

Visites

fertigen wir in kürzester Zeit geschmackvoll zu angemessenen Preisen an

Lübecker Volksbote

Fr. Meyer & Co. Johannisstr. 46.

Geschäftszeit von 8-6 Uhr.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 28. September

abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Bericht der Lohnkommission.

2. Ruhelohntafel.

3. Verschiedenes. (6941) Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

der

Kohlenplatarbeiter

am Mittwoch, dem 28. Septbr.

abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Bericht der Lohnkommission.

Versammlung

der

Roll- und Bockwagenfahrer

am Mittwoch, dem 28. September

abends 7 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Stellungnahme zum Lohnstarif. (6955) Die Ortsverwaltung.

HANSA-THEATER

abends 7 1/2 Uhr:

Nur noch 2 Aufführungen

Heute Dienstag und morgen Mittwoch:

„Wenn Liebe erwacht“

Donnerstag, den 29. Sept.

Die Kinofönigin.

Operette in 3 Akten von Gilbert.

Stadttheater Lübeck.

Dienstag, 27. Sept. 7 Uhr.

Wallensteins Tod. 2. Akt.

7. Ab.-Vorst. Buchst. C.

Mittwoch, 28. Sept. 7.30 Uhr

Der Waschenball.

7. Ab.-Vorst. Buchst. C.

Donnerstag, 29. Sept. 7 Uhr

Herodes und Mariamme.

7. Ab.-Vorst. Buchst. C.

Freitag, 30. Sept. 7.30 Uhr

Das Rheingold.

7. Ab.-Vorst. Buchst. C.

Kammerspiele des Stadttheaters. Fünshausen 17/19.

Mittwoch, 28. Sept. 7.30 Uhr

Der Sohn. (6951)

Freitag, 30. Sept. 7.30 Uhr

Der Sohn.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 26. September.

Die Sozialisierung des Wohnungswesens

wird jetzt von den Kreisen der Gewerkschaften und Mieter lebhaft erörtert, wie es auch der Verbandstag des Bundes deutscher Mietervereine zu Dresden gezeigt hat. Gerade erscheinen auch im Verlage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin S. 16, 84 Seiten, 7 Mk.) die „Mittlinien für die gemeinschaftliche Regelung des Wohnungswesens“, die in einer ausführlichen Begründung für die Notwendigkeit der Vergesellschaftung des Wohnungswesens auch für diejenigen, die ihr abnehmend gegenüberstehen, wertvolles Material bringen. Durch Reichsgesetz wird die Bildung von Pflichtgenossenschaften sogenannter Hausgenossenschaften verlangt, in denen 500 höchstens 1000 Wohnungen und auch Gewerberäume zusammengefaßt werden. Die Hausgemeinschaft einer Stadt bilden zusammen den Wohnungsverband, ebenfalls eine Selbstverwaltungsgemeinschaft. Das Eigentum an den Häusern, soweit es nicht kleine Eigenhäuser sind, geht gegen angemessene Entschädigung auf die Hausgemeinschaft über. Den Wohnungsverbänden liegt die Regelung der Neubaulätigkeit ob. Verwaltung und Erhaltung des alten und Erstellung des neuen Wohnbestandes liegen also in den Händen der ja doch die Mittel aufzubringen habenden Mieter, die ihre Vertretung in der Generalversammlung, dem Aufsichtsrat und den Geschäftsführern der Hausgemeinschaft und Wohnungsverbände haben und die bei dem Wohnungsverband mit einem kleinen Geschäftsanteil beteiligt sein müssen. Mit diesem Geschäftsanteil, den auch jugendliche und andere Erwerbstätige ohne eigene Wohnung einsparen müssen, ist aber ein Anspruch auf eine Wohnung verbunden, der in einer bestimmten Reihe von Jahren befriedigt werden muß. Ohne in die Angelegenheiten der politischen Körperschaften einzugreifen, baut sich die vorgesehene Selbstverwaltung der Mieter dann nach oben im Provinzial- oder Landesverband, schließlich im Reichswohnungsverband auf. — Eine restlose Beseitigung all der vielen Mißstände im Wohnungswesen und eine beschleunigte und systematische Behebung der Wohnungsnot unter gerechter Heranziehung der Bewohner der vorhandenen Häuser zu den Kosten wird nachzuweisen versucht und jedenfalls wirkungsvoll zur Diskussion gestellt.

Zum verflochtenen Streit im Damenfrisierergewerbe geht uns von Herrn K. K. K. noch einmal ein Schreiben zu, das wir als letzte Entgegnung zum Abdruck bringen. Es lautet: Zur Stellungnahme des Arbeitnehmer-Verbandes oder besser gesagt, des Herrn Koop, habe ich folgendes zu sagen: 1. daß ich persönlich einem Tarifabschluß niemals feindlich gegenüber gestanden habe, aber ich will nur einen Tarif nach Leistung und nicht nach Berufsjahren. 2. Auch meine Angestellten waren gegen einen Tarif nicht am Streik teilgenommen. 3. Herr Koop befindet sich aber im Irrtum, wenn er behauptet, durch den drohenden Streik hätte ich meinen Angestellten der Lohn aufgebessert, nein, lediglich aus dem einfachen Grunde, weil ich schon lange vor dem Eintritt der Friseurin in den Verband in meiner Arbeitgeber-Organisation den Standpunkt vertreten habe, daß unsere Friseurin besser bezahlt werden müßten, was ich auch schon von je her getan habe, ohne durch einen drohenden Streik dazu gezwungen worden zu sein. 4. Als mir der Streik drohte, habe ich auch nicht ein Wort von Zulage oder Aufbesserung meinen Angestellten gegenüber geäußert, sondern meine Angestellten wissen ganz genau, wenn die geschäftlichen Verhältnisse es erlauben, daß ich dann ohne gezwungen zu werden, ihre Gehälter aufbessere. 5. Die Lehrlingsverhältnisse sind Sache der Gewerkschaft und haben mit meiner Sache nichts garnichts zu tun. 6. Möge die Arbeitnehmerschaft im anderen Gewerbe sich zur Notiz nehmen, daß auch ich als Arbeitgeber nicht schlafte und mir von Herren, die von meinem Berufszweige keine Ahnung haben, auch keine Vorhaltungen machen lasse. 7. Mit dem wahrheitsgetreuen Vorgehen gewisser Verbandsmitglieder ist es doch recht schlecht bestellt. Ist es etwa Wahrheit, wenn man erst einer Angestellten meines Geschäfts auflauert und zu ihr sagt: Ihr Chef hat in einer Versammlung, wo alle für bessere Löhne waren, erklärt, auf keinen Fall einen Pfennig aufzulegen zu wollen usw., um sie auf diese Weise zur Arbeitslosigkeit zu bewegen? 8. In meinen Augen sind meine Angestellten keine Streikbrecher, sondern Leute, die in der heutigen schweren Zeit auch Verständnis für die Lage des Gewerbes haben.

Lohnbewegung im Fischgewerbe.

Wie wir erfahren, spielt augenblicklich noch unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine Lohnbewegung im Fischgewerbe sich ab, die, wenn es zu keiner Einigung zwischen den Parteien kommt, unsere Ernährungsverhältnisse stark beeinträchtigen wird. Die Bewegung hat deswegen eine allgemeine Bedeutung, da sie sich nicht nur auf Hamburg-Altona, sondern gleichzeitig auch auf die Orte Kiel, Eckernförde, Elmshorn und Lübeck erstreckt. Dem Vorrang soll folgende Vorgeschichte zugrunde liegen: Seit ungefähr 2 Jahren versuchen der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und der Deutsche Transportarbeiterverband einen einheitlichen Rahmentarif für das gesamte Fischgewerbe zu schaffen. Die Arbeitgeberverbände der Unterwerferte sind bereit, einen derartigen Abschluß zu tätigen. Ganz entschieden wehren sich die Arbeitgeberverbände vorgenannter Orte unter Führung der Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverbände des Fischgewerbes. Daß die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen sich bewährt haben, weist die Praxis auf, indem in den verschiedenen Gewerben bereits derartige Abschläge zur Zufriedenheit beider Teile bestehen. Die Löhne sollten bezüglich anpassend den örtlichen Verhältnissen geregelt werden. Waren die Arbeitgeber an sich schon Geaner eines Tarifvertrages und folgten sie nur unfreiwillig der Entwicklung, so wehren sie sich aber ganz besonders gegen einen Bezirks- bzw. Rahmentarif. Die Arbeiterschaft hat erkannt und aus den früheren Lohnbewegungen die Lehre gezogen, daß so die Dinge in Zukunft nicht weitergehen können. Ist es doch den Arbeitgebern ein leichtes gewesen, wie nachdem festgestellt wurde, als in Kiel und Eckernförde die Arbeiterschaft durch die schlechte Entlohnung gezwungenermaßen den Streik trat, die Verchiebung der Waaren und auch der Beistellungen aus dem Inlande vorzunehmen, so daß die Kollegen in Hamburg-Altona und umgekehrt unbestimmterweise Streitarbeit verrichteten. Diesen Zustand will man inhiibieren. Der Arbeiterschaft ist es unverständlich, warum ein Kieler oder Eckernförder Arbeiter weniger ferkelberechtigt sein soll oder nicht die gleiche Arbeitszeit beanspruchen kann, wie die Hamburg-Altona-Lübecker oder umgekehrt. Zwar soll man sich örtlich zu Verhandlungen bereit erklärt haben. Die Arbeiterschaft drängt aber auf Verhandlungen auf Grund der eingetragenen Forderungen. Eine Einigung auf breiter Grundlage wäre nur zu wünschen.

Wahl des Gemeinderats in den Lübeckischen Landgemeinden.
Die erste Wahl des Gemeinderats auf Grund der neuen Wahlordnung findet in allen Lübeckischen Landgemeinden am Sonntag, dem 13. November 1921 statt. Die Wählerliste ist vom 1. bis 8. Oktober an dem in der einzelnen Gemeinde in ortsbüchlicher Weise bekannt zu gebenden Orte auszuliegen. Einsprüche gegen die Listen sind, soweit ihnen vom Gemeindevorsteher nicht ohne weiteres Folge gegeben wird, bis zum 15. Oktober beim Stadt- und Landamte schriftlich zu erheben und zu begründen. Die Wahlortsklänge sind spätestens am 15. Oktober beim Gemeindevorsteher einzureichen und können bis zum 25. Oktober ergänzt werden. Sie werden vom Gemeindevorsteher spätestens am 1. November durch Aushang bekannt gegeben. Die Wahlzeit ist von mittags 12 Uhr bis nachmittags 4 Uhr festgesetzt.

Die neuen Bestimmungen der Invalidenversicherung.
In der in unserer heutigen Nummer enthaltenen Bekanntmachung über die neuen Lohnklassen und Beiträge in der Invalidenversicherung wird uns von berufener Seite noch gefahren: Die neuen Bestimmungen gelten von Montag, dem 8. Oktober 1921 ab, für diejenigen, welche in der Woche vom 26. September bis 2. Oktober zuerst am Sonnabend, dem 1. Oktober Lohnarbeit verrichtet haben, schon von diesem Tage an. Es bestehen fortan die in der Bekanntmachung aufgeführten 8 Lohnklassen (A—H), in welche die Versicherten nach Maßgabe ihres jeweiligen Jahresarbeitsverdienstes einzureihen sind. Für die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes ist nach den darüber ergangenen Ausführungsbestimmungen zu unterscheiden, ob es sich um ständig oder unständig beschäftigte Versicherte handelt. 1. Bei ständig beschäftigten Versicherten, zu welchen auch die zwar dauernd, aber nicht an allen Werktagen der Woche bei einem oder mehreren bestimmten Arbeitgebern lohnärztigen Personen gehören, kommt es darauf an, in welchen Zwischenräumen der Entgelt (Lohn) gezahlt wird. a) bei täglicher Lohnzahlung gilt das dreihundertfache des tatsächlichen Tagesverdienstes als Jahresarbeitsverdienst, und zwar auch dann, wenn der Versicherte nicht an allen Tagen der Woche beschäftigt wird. Beitragspflichtig ist, wenn der Versicherte mehrere Arbeitsstellen in der Woche hat, der erste Arbeitgeber. b) bei wöchentlicher Lohnzahlung gilt das zweihundertfünzigfache des tatsächlichen Wochenverdienstes als Jahresarbeits-

verdienst. Falls der Versicherte mehrere Arbeitsstellen in der Woche hat, so ist der verdiente Lohn zusammenzurechnen. Mit der gleichen Maßgabe gilt c) bei zehntäglicher Lohnzahlung das dreifache, d) bei vierzehntäglicher Lohnzahlung das sechszwanzigfache, e) bei monatlicher Lohnzahlung das zwölfte, f) bei vierteljährlicher Lohnzahlung das vierfache des tatsächlich gezahlten Lohnes als Jahresarbeitsverdienst. In allen Fällen sind Marktbruchteile des Lohnes auf volle Markt abzurunden. Auf den Lohn sind Gemeintheile und andere wechselläufige Bezüge, die der Versicherte gewohnheitsmäßig erhält (z. B. auch Weichnachtsgratifikationen) nach dem im vorangegangenen Kalenderjahr bezogenen Betrage, Sachbezüge (freie Station, freie Wohnung, freie Kost usw.) nach Maßgabe der hierfür durch das Versicherungsamt festgesetzten Ortspreise in Anrechnung zu bringen. Ist ein ganz oder teilweise auf wechselläufige Bezüge geleiteter Versicherte vor dem Arbeitgeber noch nicht ein ganzes Kalenderjahr hindurch beschäftigt gewesen, so sind von dem Arbeitgeber diejenigen Bezüge in Anrechnung zu bringen, die ein gleichartig Beschäftigter bei ihm im vorangegangenen Jahre verdient hat. Ist auch dieser Maßstab nicht vorhanden, so hat der Arbeitgeber die vorläufige Höhe des Jahresbezuges des Versicherten zu schätzen und diesen Betrag mit einzurechnen. II. Für unfähig beschäftigte Versicherte (§ 441 der Reichsversicherungsordnung) gilt als Jahresarbeitsverdienst das Dreihundertfache des Ortslohnes.

Volkshochschule.

Die Frist für Eintragungen in die Hörer-Liste ist verlängert. Wir machen unsere Leser auf einige Kurse aufmerksam, die gerade für die aufstrebenden Arbeiter wichtig sind: Dr. Leber, Einführung in die Grundbegriffe der Volkswirtschaft; Dr. Fischer, Der Arbeitslohn und seine Weiterrechnung im Fabrikbetriebe; M. Puschneider, Arbeitsrecht und Betriebsratsgesetz. Ferner kommt ein Kursus zustande von Dr. Leber, über Geld und Wälu, der allerdings mehr speziell die dringliche Währungsfrage behandeln wird; und einer über Versicherungsverweien von Landrat Zilling. — Im allgemeinen möchten wir nochmals dringend auf die Volkshochschule hinweisen. Trotz der bedauerlicherweise erhöhten Kosten sollte eine größere Beteiligung möglich sein, als sie bisher festzustellen ist.

Wiserungsgebühren für Reisen nach Schweden. Wie die Passabteilung der königlich-schwedischen Gesandtschaft in Berlin mitteilt, haben Staatsangehörige des Deutschen Reiches für eine Reise nach Schweden, sofern die Reise dem Besuche von Eltern, Kindern oder Geschwistern gilt, 9 Kronen an Wiserungsgebühren zu zahlen; in allen sonstigen Fällen 16 Kronen. Die Wiserungsgebühren werden nur in deutscher Währung erhoben. Der Kurs wird von der königlich-schwedischen Gesandtschaft jeweilig festgesetzt.

Geheimlehre der Inder. Am Donnerstag, dem 29. September abends 7 1/2 Uhr spricht im Festsaal des Johanneums der bekannte Gründer und Leiter des „Volksbundes für Kantische Weltanschauung“, Oberlehrer Reinhart Biernacki aus Hamburg über „Die Geheimlehre der Inder von der Unsterblichkeit der Seele im Lichte der Kantischen Weltanschauung“. Mit viel Erfolg ist Biernacki für klare, rein deutsche Ausdrucksweise eingese-



1.—10. Oktober 1921:
Lübecker Opferwoche
zur Vinderung winterlicher Not.
Gaben nehmen alle Banken entgegen.

Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

8. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Er hob darum sein Glas, rief Anton ein herzliches Prost zu und sang, daß Arbeit das Leben süß mache. Daß nur der Bekümmernis habe, der die Arbeit hasse. Nach dem Worte Arbeit machte er jedesmal halt und brachte ihr eine stumme Ovation mit einem vollen Gläschen.
Es war sein eigener Wein. Anton hatte Nachsicht. Erst wenn der Freund wieder bergauf schwankte, sagte er zu Saphir, daß Wolfgang Appels Wein gut, seine Manieren aber schlecht wären.
Saphir sagte entschuldigend, daß man sich von Kindheit an kenne.
Anton erwiderte streng, daß dies keine Entschuldigung sei.
Der große und der kleine Bruder. Das war und blieb.
Wie verriet Saphir dem Bruder, was ihn durchzuckte, wenn wieder ein fertiges Werk zu pochen begann. Die Zeitweiser sich wieder in jügernde Bewegung setzten, um das erstmal ihren ewigen Kreis zu ziehen. Durch Schrauben machtlos gezwungen in diese Bahn, eng, und genau vorgezeichnet, unentrinnbar. Freude und Kurat, Hoffnung, daß alles richtig geraten, teilte er offen mit Anton. Aber daneben, unbegreiflich, vertrat sich heimlich der Wunsch, die Jäger mögen sich hemmen, faden, stehen bleiben. Ein neues Schicksal nochmals zum Warten zwingend.
Jugenderinnerungen warnten Saphir, den Bruder nach ähnlichen Empfindungen zu befragen. Jener strahlende Tag, als sie durch Nebel den Vater auf letztem Wege begleitet. Oben auf der Höhe war es gewesen. Wo man glaubte hineinschauen zu können in jenes lockende Land, das auch an grauen, glücksfeindlichen Tagen im grünen Rahmen lag. Sehnsucht packte Saphir. Indien, Griechenland, China, Japan, die ganze herrliche Kugel fiel ihm ein. Mit ihren Meeren und Wäldern, Flüssen, Höfen und Seen. Die Hände, wärmelühend, in den leeren Taschen des geliebten Trauerrotes. Einnahmen hatte er nicht. Er rechnete mit Wundern. Er fragte Anton, was er tun würde, wenn ihm jemand plötzlich einen geschwollenen Sack mit Geld schenken würde.
Anton antwortete, daß er nicht an Wunder glaube. Saphir beharrte bei seinem Wein. Aber, Doch.

Anton gab nach. Er sagte, daß es in solchen Fällen erste Pflicht sein würde, das Geld nachzuzahlen...
Die Zeit gibt jedem kein Recht. Saphir mußte dankbar sein, daß Anton nicht mit Wundern geredet. Sondern mit Spargroschen. Denen nun ihre Arbeit gedeihlich entsproß. Saphir mußte nun, daß das Leben nichts umsonst gibt. Jede geparte Markt war eine befeite gelegte Freude. In Anton's Stimme knarrten die erstarrten Jugendfreuden.
Es gibt Dinge, über die man nicht spricht. Saphir wußte nicht, wie es dem Herzen des Bruders in der Fremde ergangen war. Aber er meinte, daß man Gefühle, auch bittere und verächtliche, nur gegen Erscheinungen hegen könne, die einem etwas Böses oder Mißliebes angetan.
Herr Apfel dachte ähnlich. Hatten Wein und Flöte die Dame einmal besonders in Schwung gebracht, versuchte keine Mißbegier ein wenig Nachforschung. Jedoch vergeblich. Anton erwiderte nur, daß der Kellerte von sieben frühes Verjähren lehre. Was nicht zu bedauern. Astefe verbillige das Leben. Auf allen Gebieten.
Herr Apfel nannte Herrn Anton dann einen Heiligen. Ohne zu verhehlen, daß ihm die Heiligen gemalt besser gefielen als lebendig.
Er knüpfte daran noch weitere Erfahrungen seines weinbauenden Lebensweges.
Er sagte, wenn kein Tau am Morgen falle, gäbe es Mittags ein Gewitter.
Nach dem nächsten geleerten Glas erklärte er, was er damit sagen wollte. Nämlich, wo der Jugend Torheit und Träume fehlten, kämen die Stürme in späteren Jahren.
Unangenehmes hörte Anton nicht gern. Er ging aus dem Zimmer.
Zumal Saphir nach keinen Worten lächelte die Flöte an den Mund lekte. Jedes weitere Verhör des Freundes durch die Macht der Musik niederschlagend.
Besorgnis ist meist Verschwendung. Herr Apfel wünschte gar nicht nach Saphir's Jugendtorheiten zu forschen. Die Saphir als eigenstes Geheimnis zu hüten glaubte. Was aber ist ein Geheimnis? Etwas, das nicht jedermann weiß. Aber die meisten.
Wolfgang Appels väterliche Weinberge erstreckten sich bis zur Mühle. Unter deren Dach Kordula, die Müllerstochter, zu finden gewesen. Auch zu finden gewesen wäre. Hätte nur jemand die Furcht los werden können. Vor der lebenden Bulldogge erstens. Und vor dem rauschenden Mühlbach zweitens. Denn kein Tosen hinderte des Müllers Schritte näher zu hören. Wenn sie überrollend kommen sollten. Nur Berke wagte man. Gebunden andies Junggesellenheim nicht gehen. (Fortsetzung folgt.)

Kieselsteine, mit weitem Wurf ins Kammerfenster geschleudert. Sie weiterfertert an Länge mit Korbulus rotbraunen Jöpfen. In Schönheit hielten sie den Wettbewerb weniger aus. Mühte es Wolfgang und Kordula. Sie lasen die Berge gemeinsam. Denn Wolfgang hatte nicht nur den Mut gehabt, der zu einem ersten Ruf gehört, sondern die Geschicklichkeit. Er brachte süße Trauben mit. Lippen, die an den gleichen Beeren naschen, beggerten sich bald.
In seinen Versen nannte Saphir Kordula eine Heilige. Bewacht vonerberus dem Unüberwindlichen.
Wolfgang wußte, daß die Bulldogge Winta hieß, Sinn und Verstand für Wurf und Knochen hatte. Es gab manchen hier am blühenden Hang, dem dies bekannt. Den Kordula, die rot-haarige, blasse, sommerprallige mit den feuerroten Lippen, in das Reich der Venus geführt. Eine rote Kette im Taschentuch des Jünglings genügte als Ausweis des Mannestums.
Liebe vollbringt Wunder. Eines späten Abends befand sich Saphir doch in Korbulas Kammer. Der Mühlbach war abgestellt. Winta an der Kette. Nur der Mond schien. Und die Grillen schabten ihre Liebeslieder. Kordula wünschte sich eine Uhr, deren Zeiger nachts leuchteten. Schuldlos neigte sie sich Saphir entgegen. Wer weiß, was hätte geschehen können. Saphir aber fiel vor Kordula nieder und hat die Heilige, zehn bis fünfzehn Jahre auf ihn zu warten. Eventuell eine Kleinigkeit länger. Um dann auf ewig die Seine zu werden.
Kordula vergaß alle Vorsicht. Sie begann zu lachen, als wäre es heller Mittag. Sie konnte nicht aufhören. Sie lachte und lachte, als wollte sie den blanken stummen Mond da oben vom Himmel herunter laden.
Der Müller erwachte. Nun hatte er ihn erwacht. Den Urheber aller Fußspuren, die jeden Morgen seine Mühe umkränzten. Wintas Kette löste sich.
Als Saphir wieder so weit geheilt war, um Flöte spielen zu können, hörte man ihn das Lied von der Treue hören. Die, kaum, daß sie geboren, sich in ein Jägerhorn vertrat. Der Jäger hies sie in den Wind, daher man keine Frau mehr find. In der Höh hies er's. Im Wald. Und am See.
Wolfgang Apfel wußte nicht, ob es Saphir seitdem zu irgendeiner Vode gebracht. Stäher war, daß zwischen ihm und den jungen Mädchen noch heute des Müllers Bulldogge die Zähne fleischte. Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Saphir schien zur Einsamkeit verdammt. Trotz seines weichen Herzens. Und seines Flötenspiels.
Wolfgang Apfel war Mann genug, das Unglück anderer gelassen ertragen zu können. Mes hat seinen Zweck. Wo hätte er keinen Wein trinken sollen, so ungeschickt und fieslich, wenn er sich bei seinen Junggesellenheim nicht gehen. (Fortsetzung folgt.)

... und besonders, wenn es sich um Entwicklung der tiefsten ...

Achtung, Gewerkschaftsvorstände und Ortsauschüsse! Am Freitag, dem 30. ds. Mts. findet eine Sitzung des Ortsauschusses statt.

Große Eisenbahndiebstähle auf der Strecke Lübeck-Hamburg. Unlängst wurde hier in Lübeck eine mehrköpfige Güterräuberbande, die Kaufmannsgüter im Werte von nahezu 400000 Mark erbeutete, entlarvt.

Ein guter Hauskalender. Der „Vorwärts-Minor“ 1922 ist soeben erschienen. (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Preis 4 Mf.)

Stadtheater. Am Mittwoch wird „Maskenball“ noch einmal wiederholt. Die Partie der Amalia singt zum erstenmal Frau Sembrunn-Petersen, die des Knecht Herr Hartmann.

Sansa-Theater. Die Operette „Wenn Liebe erwacht“ wird nur heute Dienstag und morgen Mittwoch gegeben.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 27. September, morgens 6 Uhr 14,4°; mittags 12 Uhr 14,3° Celsius.

Ergebnisse. Die Volkshochschule wurde am Sonnabend durch eine Feier im großen Saale des Herrn Schlabig eröffnet.

Angrenzende Gebiete.

Elektrifizierung des Landes Radeburg. Eine hier in diesen Tagen gewählte Kommission ist beauftragt, mit dem Eisen- und Schienen-Werte in Verhandlungen zu treten, um alle Ortsteile des Landes Radeburg, die noch nicht mit elektrischem Licht und elektrischer Kraft versehen sind, mit Elektrizität zu versorgen.

Hamburg. Der große Salvatorjähresprozess bei dem 84 Personen angeklagt sind, begann am Montag vor der Strafkammer.

... Todefälle aus dem Auslande bekannt, die auf gefälschtes ...

Hamburg. Kein Verkehrsstreik? Der Ausschussrat der Hochbahn-Gesellschaft hat dem Schiedsgericht des vom Reichsarbeitsministers eingeleiteten Schlichtungs-Ausschusses zugestimmt.

Hamburg. Die deutsche Schifffahrt hebt sich. Ein Reichsbeschluss für die Wiederbelebung der deutschen Schifffahrt ist eine Meldung aus England.

Verkehr von deutschen Schiffen durch den Suez-Kanal. In einem Jahr wie folgt gehalten hat: Im ganzen Jahr 1920 durchfuhren 14778 Tons den Kanal, während im ersten Halbjahr 1921 bereits 40142 Tons an deutschen Schiffen den Kanal passierten.

Monta. Von der Stiefmutter zu Tode getrieben. Vor einigen Tagen wurde die 10 Jahre alte Alice Steinhilber von ihrer Stiefmutter mit einem Auslöcher, in dem sich eine Eisenstange befand, derartig geschlagen, dass die Kleine außer blauen Striemen innere schwere Verletzungen davontrug.

Hamburg. Großfeuer entstand in den Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg-Wien. Das Feuer brach in dem Filzballaal aus und griff sehr bald auf ein Nebengebäude, die Kartonfabrik und das Ballager über.

Hufum. Ein Machtkampf. Wegen hartnäckiger Weigerung der Unternehmer, mit den streikenden Transportarbeitern und Metallarbeitern behufs Schlichtung von Lohnunterschieden zu unterhandeln, ist fast die gesamte Arbeiterchaft Hufums in einen Sympathiestreik getreten.

Bremen. Aus der Bremer Bürgerchaft. Der Kommunist Bonasewitz, der, wie bereits berichtet, als Spießer der „Weser“-Werk entlarvt worden ist, hat schriftlich um einen zehnwöchigen Erholungsurlaub gebeten.

Helgoland. Modernes Nordseebad. In letzter Zeit sind Bestrebungen im Gange, Helgoland zu einem „modernen Seebad“ großen Stils auszubauen.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Örlich, 24. September.

Fünfter Verhandlungstag.

Schluss.

Otto Braun: Verfassererscheinungen aus der Kriegszeit und dem Zusammenbruch sind keine Richtungsweiser für unser Parteiprogramm.

Marxwald-Frankfurt: Wir werden den Programm-entwurf ablehnen, aber uns nicht seiner schämen, wenn er angenommen wird.

Holz Braun: Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen, möglichst bald eine vollständige Erläuterung des Göttinger Parteiprogramms herauszugeben.

Conrad Bernheim: Was uns von den Unabhängigen trennt, sind nicht Programmsätze, sondern dringende Fragen der praktischen Politik.

Laustöcker-Hamburg: Im ganzen bin ich dem Entwurf einverstanden, möchte nur einige Anregungen hinzufügen.

... Weil in der Partei vielfach das Vorurteil herrscht, dass sie im wesentlichen nur wirtschaftliche Ziele verfolgt, möchte ich an die Spitze des Programms folgenden Satz stellen: Die sozialdemokratische Partei ist ihrem Wesen nach eine Kulturpartei.

Dr. David: Das heutige Programm ist wissenschaftlicher als das Erfurter Programm war, denn es ist vorichtiger und zurückhaltender im Aufstellen allgemeiner Sätze und Vorhersagen der Zukunft.

Loebe (Schlußwort): Es darf nicht der Eindruck aufkommen, als wäre die Opposition in der Kommission verewaltigt worden.

zurückgestellt werden. Wir sind die größte Partei Deutschlands und die größte der sozialistischen Parteien. Auf unseren Schultern ruht der demokratische Staat. Geben Sie dieser größten und stärksten republikanischen Partei ein der heutigen Zeit angepasstes republikanisches Panier, das uns voranleuchtet, und an dem Freund und Gegner lesen sollen: Wir sichern diese Republik und wir wollen sie ausbauen zum sozialistischen Volksstaat.

In der Abstimmung wird der Antrag Bader-Magdeburg (redaktionelle und stilistische Änderungen durch den Parteitag) angenommen. Ueber den Programmtext wird im ganzen abgestimmt. Die Abstimmung ergibt die Annahme mit allen gegen 5 Stimmen. (Stürmischer Beifall.) Angenommen wird der Antrag auf Einsetzung einer Kommission für die Aufstellung von Richtlinien zur Gesundheitspflege sowie auf Einsetzung einer Agrarkommission. Die Sammlung für die Bergungsläden von Ludwigshafen auf dem Parteitag hat den Betrag von 1435 Mark ergeben.

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Sonnabend vertagt.

Görlitz, 24. September.

Zu Beginn der Schlussführung teilt der Vorsitzende Weis mit, daß die Kontrollkommission wiederum Friedrich Böhre zu ihrem Vorsitzenden gewählt hat. Als Gast ist auf dem Parteitag noch eingetroffen Genosse Alibekoff aus Kasu, um die Bitte vorzutragen, dem Protest gegen den weissen Schreden in Ungarn und gegen die Vergewaltigung Georgiens noch einen Protest der Republik Aserbeidschan gegen die Unterdrückung durch die Bolschewisten anzuschließen.

Alibekoff, mit Beifall begrüßt, überbringt dem Parteitag die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche der Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre in Aserbeidschan. Er schildert sodann die politischen und wirtschaftlichen Zustände in Aserbeidschan und das grausame Vorgehen der Bolschewisten, die es auf die Raubhaube des Reiches abgesehen hätten. Sie arbeiten, so führt der Redner aus, ganz nach dem zaristischen Vorbild. Ganz Europa muß sich vereinen zu einem Protest gegen solche Zustände, die eine Schandung des sozialistischen Namens bedeuten. (Lebhafter Beifall.)

Eduard Bernstein überreichte die Rede und fügt der Uebersetzung die Feststellung an, daß die Unterführung dieses Protestes eine selbstverständliche Pflicht der Internationale sei. Es gab eine Zeit, wo ein französischer Dichter sagen konnte, daß die Hoffnungen aller unterdrückten Völker sich auf Frankreich richteten. Heute richten sich diese Hoffnungen auf die sozialistische Internationale.

Der Parteitag schließt sich einmütig dem Protest gegen die Unterdrückung Aserbeidschans an.

Sodann wird in der Beratung der noch unerledigten Anträge fortgefahren.

Annahme findet ein Antrag Hamburg, der jedem Parteigenossen zur Pflicht macht, den Konsumgenossenschaften als Mitglied beizutreten, ebenso ein weiterer Antrag Hamburgs, der mehr als bisher die Frauen zu allen privaten und öffentlichen Vemtern, Körperschaften und Funktionen heranführt.

Es folgt die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag. Proskisch (Frankfurt a. M.) überbringt eine Einladung nach Frankfurt, das alle Voraussetzungen für einen Parteitag in glänzender Weise erfüllt und auf Verlässlichkeit hoffe, obwohl Frankfurt auf diesem Parteitag nicht gerade unter einem besonders glänzenden Stern gestanden habe. (Sehr richtig!)

Schmidt (München) lädt den Parteitag nach München ein. Für München sprechen politische Gründe, die auch das Zentrum veranlaßt haben, den nächsten Parteitag in München stattfinden zu lassen. Etwasige Störungsversuche würden die Münchener Genossen mit aller Energie und Gründlichkeit zurückweisen.

Mollenhuth (Partei Vorstand): Ueber diese Einladungen sind wir gewiß sehr erfreut, aber es empfiehlt sich doch, die Wahl des Ortes dem Parteivorstand und Parteiaussschuß zu überlassen. Es können im Laufe des Jahres Ereignisse eintreten, die die Abhaltung des Parteitages an einem bestimmten Ort zur Notwendigkeit machen. Ihm sollte man nicht durch einen Beschluß vorzuziehen. Es ist selbstverständlich, daß die Entscheidung rechtzeitig erfolgen wird.

Der Parteitag schließt sich diesem Vorschlag an. Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt, und zur Schlußrede nimmt das Wort Vorsitzender Weis: Wir danken zunächst den Görlitzer Genossen und dem ganzen Bezirk Niederschlesien für die umfängliche und vorbildliche Vorarbeit für den Parteitag. (Beifall.) Wir werden den Parteitag von Görlitz nicht vergessen. Wir danken auch den Mitgliedern der Kommissionen, insbesondere der Programmkommission, für ihre fleißige Arbeit. (Beifall.) Der Görlitzer Ornamtation wird der Dank für alle ihre Mühe auch dadurch zum Ausdruck gebracht, daß das fünftägige Programm der Partei „Das Görlitzer Programm“ heißt, so daß der Name der Stadt Görlitz fest mit diesem Programm verbunden sein wird. (Beifall.) Den guten Eindruck von diesem Parteitag konnte nichts vernichten, auch nicht die kleinlichen Anariffe gegen die Embleme der Sozialdemokratie. Görlitzer Genossen! Hebt die beluhete Fahne auf und schließt sie ein in den Schrank, der das Goldene Buch von diesem Parteitag enthält wird. Diese Fahne soll stets ein Wahrzeichen für den geistigen Tiefstand unserer Gegner sein. In unsere Verhandlungen hinein zitterte die Nachricht von dem Unfall in Ludwigshafen. Auf dem Schlachtfeld der Arbeit, auf dem schon so viele gefallen sind, haben wieder viele Männer im Dienste des Kapitalismus den Tod gefunden. In einer freien, von sozialistischen Gesichtspunkten geleiteten Gesellschaft werden auch Unfälle vorkommen. Aber von ihnen könnte man lassen, daß diese Männer fallen würden im Dienste der Moeremeinheit, und daß es dann eine Pflicht des Vorgesetzten wäre, für die Hinterbliebenen und die Opfer solcher Katastrophen zu sorgen.

Der Görlitzer Parteitag war ein Parteitag erster und harter Arbeit. Wir haben uns nicht mit republikanischen Proben beschäftigt, sondern unsere Verhandlungen standen vom ersten bis zum letzten Tage im Zeichen der realen Notwendigkeit des Tages. (Beifall.) Auf uns blickte die ganze politische Welt, auch das Ausland, und unsere Beschlüsse haben überall die größte Beachtung gefunden. Wie richtig wir gehandelt haben, zeigt ein Blick in die deutschnationalistische Presse, die über unseren Willen zur Macht in die wüste Wüstenspfanne ausbricht. (Sehr gut!) Wir müssen aber schon jetzt auf Erscheinungen hinfenden, die unsere Beschlüsse in einem Sinne deuten wollen, den wir zurückweisen müssen. In Kreisen der Deutschen Volkspartei glaubt man, daß jetzt die Zeit ist, Erklärungen über die Regierungsbildung abzugeben, die den Eindruck erwecken, als wenn die Deutsche Volkspartei die Normerin der künftigen Regierung im Reich und in den Ländern wäre. Die Hecke gegen den Reichstagsler Wirtz aus den Kreisen der Deutschen Volkspartei ist hierfür ein deutliches Beispiel. Wir machen keinen Hehl daraus, daß der Reichstagsler Wirtz für die sozialdemokratische Arbeiterklasse und über unsere Kreise hinaus bis zu den links von uns stehenden Parteien der einzige vollkommene Bürgerliche Politiker ist, den wir in Deutschland haben. (Beifall.)

Wir sind festest überzeugt, die kaiserliche Bevölkerung, insbesondere die sozialistische Arbeiterklasse, hält dem Deutschtum die Treue, auch wenn wirklich fünfzehn Jahre verstreichen sollten, ehe sie sich in der Abstimmung für Deutschland entscheiden kann. (Lebhafter Beifall.) Gegenüber den Klassen Oberbischöfers und der besetzten Gebiete lautet unser Wahlwort: Treue um Treue! (Bravos!) Treue den kämpfenden Brüdern in Bayern, Treue den Überwundenen Saarländern, Treue den bedrückten Genossen in Oberschlesien und in den besetzten Gebieten.

allgemeine Zustimmung.) Bei der Entscheidung des Völkerverbandes über Oberschlesien geht es nicht nur um Oberschlesien, sondern um das wirtschaftliche Schicksal Deutschlands, ja, ganz Europas. Wir haben die Ueberzeugung, daß die Entwicklung dahin drängt, die Grenzlinien zwischen den einzelnen Völkern zu verwischen und den Wirtschaftsverkehr ungehemmt von Land zu Land fließen zu lassen. Bei einer gerechten Lösung der ober-schlesischen Frage kann nach unserer festen Ueberzeugung auch ein billiger Ausgleich zwischen Polen und Deutschland gefunden werden, ohne Oberschlesien zu einem neuen Elb-Lothringen zu einem Gefahrenherd für den europäischen Frieden zu machen. (Zustimmung.) Des öftern ist auf dem Parteitag ausgesprochen worden, daß wir keinen Richtungsstreit mehr in der Partei wollen. Der alte, unsere innere Entwicklung störende Streit, ob radikal, ob revisionistisch, verland während der Kriegsjahre und während der Revolutionsjahre. Der Meinungsstreit darf die Organisationsentwicklung nicht wieder schädigen, soll nicht die ganze deutsche Arbeiterklasse Schaden leiden. (Zustimmung.) — Das wichtigste, was der Parteitag geleistet hat, ist die Schaffung des neuen Programms. Wir haben uns das Programm schwer und ernst gerungen. Der Kampf darum liegt Jahre zurück, schon seit Jahren haben wir ständig durch Resolutionen und Beschlüsse das Erfurter Programm ergänzen müssen. Zu unserer größten Genugtuung ist es gelungen, die Programmarbeit hier in Görlitz zu Ende zu führen. Anhänger und Gegner des neuen Programms haben sich mit gleichem Eifer bemüht, seine Fassung tiefer und tiefst gegen alle Anfechtungen von außen zu machen. Auch die Genossen Ströbel und Marxthal haben offen anerkannt, daß die Arbeit der Programmkommission fruchtbar war und daß die endgültige Fassung große Vorzüge gegenüber den früheren Entwürfen aufweist. Das Görlitzer Programm wird als ein festes geistiges Band die Arbeitermassen umschließen und an Jugkraft im gesamten Volk hinter dem alten Programm nicht zurückbleiben. (Wielaches Geseh wahr!) Aus unserem neuen Parteiprogramm spricht der Wille zur geistigen Kraft. Wie aus den anderen Beschlüssen des Parteitages der Wille zu politischer Macht. (Lebh. Beifall.) — Parteigenossen! Wir haben auf diesem Parteitag ein Bekenntnis zur Staatspolitik, ein Bekenntnis zur Republik abgelegt. Wir haben neben der roten Fahne der Internationale das schwarz-rot-goldene Banner der Republik erhoben. Das Bürgertum hat die schwarz-rot-goldenen Farben vergessen. Jetzt hält die Arbeiterklasse neben dem roten Banner des Sozialismus die schwarz-rot-goldene Fahne der deutschen Freiheit hoch und trägt sie der Arbeiterklasse voran im Kampfe für ihre ewigen Rechte.

Wir sind das Volk, wir hämmern jung
Das alte morche Ding, den Staat,
Die wir von Gottes Zorne sind
Bis jetzt das Proletariat.

Harte Kämpfe stehen uns bevor. Wir sehen viele nicht mehr, die in früheren Jahren Schulter an Schulter mit uns stritten. Paul Reiskhaus, Karl Legein und die anderen tapferen Streiter. Aber wir wissen, daß wir in ihrem Geiste handeln, wenn wir an diese alte Kampfzeit erinnern:

Dem das ist das Herrliche auf der Welt,
daß das Banner steht, wenn der Mann auch fällt.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Das Banner hoch! Es lebe die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie!

Der Parteitag stimmt begeistert dreimal in das Hoch ein. Kraftvoll lösten dann die Klänge der deutschen Arbeitermarschmusik durch den Saal.

Vors. Weis: Der Parteitag ist geschlossen.

Gewerkschaften.

Zur Aussperrung in der Dresdener Metallindustrie. Der Metallarbeiterverband teilt mit, daß zurzeit über 40 000 Arbeiter streiken bzw. ausgesperrt sind. Eine Vergrößerung dieser Zahl ist zu erwarten, da nach derselben Quelle die Arbeitgeberverbände beschlossene haben, die Belegschaften auch dort sofort zu entlassen, wo Kündigungsfristen bestehen, natürlich unter Zahlung des Lohnes.

Die Lohnbewegung unter den Bergarbeitern. Eine Betriebsrätekonferenz, die von 12 Schachtanlagen des Dortmunder Bezirks berufen wurde, befaßte sich mit der Lohnfrage und der Feuerung. Eine Entschlieung wurde angenommen, in der die Unternehmer aufgefordert werden, bis zum 30. September eine klare Antwort auf die von einer großen Anzahl von Belegschaften und Bergarbeitervereinigungen gestellten Forderungen zu geben. Im Falle der Ablehnung einer Antwort würde man über die Köpfe der Führer hinweg die Zusammenfassung der Arbeiterschaft in Angriff nehmen.

Aus aller Welt.

Großfeuer in Friedrichshagen bei Berlin. Ein gewaltiges Feuer brach auf dem Sägewerk der Kadelwerke Oberspre in der Seestraße zu Friedrichshagen aus. Kurz vor 9 Uhr abends stand das Kadelhaus des Werkes plötzlich in hellen Flammen und Funkenregen legten die zahlreichen Holzvorräte in Brand. Den Bemühungen der Feuerwehren gelang es, das Feuer auf seinem Herd zu beschranken. Das Sägewerk und die Kistenfabrik brannten vollständig aus.

Großfeuer in einer Aktienbrauerei. In Magdeburg brach in einem Lagerhaus der Aktienbrauerei ein Großfeuer aus, das beträchtlichen Gebäudes und Sachschaden verursachte. Die Feuerwehre konnte erst nach anstrengender Tätigkeit in der dritten Morgenstunde des Feuers Herr werden. Verhältnlichen Schaden hat die Woll erlitten, da auf dem niedergebauten Gebäude ein Haupttelefonstand. Sämtliche Telefonleitungen nach der äußeren neuen Neustadt und auch einige Fernleitungen sind zerstört.

Ein Ermordung wurde, wie aus Halle gemeldet wird, auf der Straße von Bacha nach Wölkershausen entdeckt. Die Arbeiterin Annacker wurde von drei Arbeitern im dortigen Walde ermordet aufgefunden. Der Ermordeten war der Kopf mit einem Beil zermalmt worden. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

Zum Tode verurteilt. Ein Bechenmeister in Bochum, der mit seiner Frau in Unfrieden lebte und sie nach einer durchgeachten Nacht erschossen hatte, wurde vom Schwurgericht in Köln zum Tode verurteilt.

Der Unfall beim Radrennen in Köln. Auf der Radrennbahn in Köln ereignete sich bei dem Rennen um den großen Preis ein schweres Unglück. Zwei Schwunmachermaschinen ließen zusammen und drückten den Rennfahrer Wittig-Vorlin unter sich. Wittig erlitt einen Nervenschlag und schwere innere Verletzungen und eine tiefe Wunde an der rechten Seite. Die beiden Schwunmacher kamen ohne erhebliche Verletzungen davon.

Die Zahl der Oppauer Opfer. Die unter den Trümmern des Oppauer Werkes befindlichen Toten sind jetzt endlich geborgen, und die Direktion der Anilinwerke teilt mit, daß sich weder Tote noch Ueberlebende unter der Trümmerstätte befinden. Die Gesamtzahl der sofort Getöteten beträgt nach den neuesten Feststellungen 360. Inzwischen sind in den Krankenhäusern Ludwigshafen, Mannheim, Frankenthal ujm. 185 Schwerverletzte geborgen, so daß die Gesamtzahl der Toten gestern abend 545 erreicht hat. Außerdem schweben noch mindestens 160 Schwerverletzte in Lebensgefahr.

Gestohlene Wanderrolen. Die Polizei in Kreuznach verhaftete zwei Männer aus Heidelberg, die für anderthalb Millionen gestohlene Wanderrolen veräußern wollten.

Auf eine Mine gestochen. Nach einer Havas-Meldung aus London ist der französische Kohlendampfer „Sophie“ im Schwarzen Meer auf eine Mine gestochen und gesunken.

Neue Europatouren der „Vaterland“. In einer Konferenz, die in Newyork zwischen den Mitgliedern des Schipping Board und den Vertretern der amerikanischen Schiffsahrtsgesellschaften stattfand, wurde endgültig die Wiederinstandsetzung der „Devilthian“, des früheren deutschen Papagaidampfers „Vaterland“, beschlossen, die den Dienst zwischen Amerika und Europa vermitteln soll.

Ein Mann, der nach sieben Jahren von der Hochzeitsreise kommt. Wohl die abenteuerlichste Hochzeitsreise, wenn auch unfreiwillig, unternahm der Münchener Kunstmalere Kuboff Priebe. Wie dem „Fagl. Kor.“ aus München geschrieben wird, heiratete Priebe in den Julitagen 1914 und kehrte erst vor einigen Wochen von seiner Hochzeitsreise — allein — zurück. Die Dauer der Reise erklärt sich daraus, daß Priebes Vater eine große Försterei in der Ukraine zu verwalten hatte und das junge Paar seine Hochzeitsreise darum nach der Ukraine richtete. Sie kamen auch richtig an Ort und Stelle; die Wiederkehrsfreude ward freilich durch die Kriegserklärung erheblich getrübt. Priebes Vater wie der junge Ehemann selbst wurden als feindliche Ausländer sofort interniert; anfangs trennte man die Ehegatten nicht; später aber wurde die junge Frau nach Deutschland, der junge Mann nach — Sibirien verbannt. Da P. gelegig ruffisch spricht, hatte er es nicht übermäßig schlecht; er konnte sogar seiner künstlerischen Beschäftigung nachgehen, ja die Behörden von Sibirien waren so entgegenkommend, ihm Bilder abzugeben. Als die Sowjetherrlichkeit anging, mußte Priebe als Armeemaler der Roten Armee folgen, Dekorationen für das Armeetheater entwerfen; aber weder an Freiheit noch an Müdigkeit gedacht werden. Endlich, nach langen sieben Jahren, wurde der „Hochzeitsreisende“ ausgetauscht. Die siebenjährige Hochzeitsreise, die er unfreiwillig allein antreten mußte, war zu Ende.

Genossenschaften.

Genossenschaftliche Fortbildungskurse im Reich. Die Fortbildungskommission des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine veranstaltete im Laufe dieses Sommers in vier Revisionsverbänden Fortbildungskurse für Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder der Konsumvereine. Diese Kurse dauerten jeweils drei Wochen und wurden in Hannover, Biegnitz, München und Nordhausen abgehalten. Die in den einzelnen Kursen geleistete Arbeit wird nicht viel voneinander ab. Ueberrall kam es darauf an, in der Genossenschaftsarbeit die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine darzustellen und ferner in der Buchführung, Betriebskontrolle wie im Rechnungswesen die Fülle von Arbeit im Innern der Konsumvereine zu zeigen. Wenn die Dauer der Kurse naturgemäß auch nur kurz sein konnte, so wurde sie doch gewissenhaft ausgenutzt, um die Kursteilnehmer mit den wichtigsten Dingen in der Konsumgenossenschaftsbewegung vertrauter zu machen. Allgemein wurde am Schlusse der Kurse der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß diese genossenschaftlichen bildenden Veranstaltungen mit dazu geeignet sind, die Konsumvereine durch alle Schwierigkeiten der Gegenwart wirtschaftlich hindurchzuführen. Als Vortragende in allen Kursen wirkten die Lehrer an der genossenschaftlichen Fortbildungsschule in Hamburg, Sierakowsky und Schweifert.

Zerspitterung der Internationalen Genossenschaftsbewegung. Kurz vor Zulammentritt des 10. Internationalen Genossenschaftskongresses in Basel tagte in Zürich der „dritte internationale Kongress der christlich organisierten Genossenschaftsverbände“. Es waren vertreten Italien, Frankreich, Deutschland, die Schweiz, Holland, Belgien, Oesterreich, Ungarn, Südblawien und die Tschechoslowakei mit insgesamt etwa 50 Abgeordneten. Nach Aussprache über die Berichte wurden Satzungen beraten und hierauf die Gründung einer Internationalen Genossenschaftsverbände unter dem Namen Internationale Konföderation der Genossenschaftsverbände. Sie ist eine Vereinigung der nationalen Genossenschaftsverbände und Verbände aller Gattungen (Konsum-, Kredit-, Produktions- und Versicherungsgenossenschaften) mit dem Zweck, die gesamte Volkswirtschaft aller Nationen nach christlichen Grundätzen genossenschaftlich zu organisieren. Den Beitritt haben neun Staaten erklärt. Ihr Sitz ist Rom. — Die Gründung bedeutet nichts anderes als eine internationale Genossenschaftsbewegung schädigende Zerspitterung, die sich an den Gründern selbst rächen muß.

Theater und Musik.

Sigrid Ouegin. Der Verein der Musikfreunde hat die Krise, in der er infolge seiner Differenzen mit der Theaterbehörde wegen des Orchesters geraten war, erfreulicherweise schnell überwunden und schied sich zu neuen Taten an. Waren es früher Instrumentalkonzerte, durch die er im weitesten Umfange befruchtend, läuternd und erzieherisch auf das musikalische Leben und Treiben in unserer Stadt einwirkte, so will er sich nun jetzt an ganz besonders der Pflege der Vokalmusik widmen. Und man war sicher nicht schlecht beraten, als man gleich im ersten Konzert einen starken Trumpf ausspielte. Man hatte Sigrid Ouegin für einen Schubert-Abend verpflichtet. Diese Ankündigung hatte vollaufgenügt, den großen Saalraum des Kolosseums bis auf das letzte Plätzchen anfüllen. Allerdings gibt es heutzutage wenig Sängerrinnen, die sich mit der Ouegin messen können, denn sie ist eine Klasse ganz für sich und wächst aus dem landesüblichen Rahmen völlig heraus. Ihr Alt hat nicht nur einen ungewöhnlichen Umfang, sondern ist auch von einer Glut der Empfindung, welche die von Schubert vertonten Nieder und Balladen zu einem wirklichen Erlebnis macht. Der unergleichliche Glanz ihres Mits und seine gute Schöpfung, zu der sich eine deutsche Aussprache gesellt, machen Frau Sigrid Ouegin zu einer Sängerin, der zwar hören ein nicht alltäglicher Genuss ist. Und noch eins darf nicht vergessen werden: niemals machte sich irgendwie ein Nachlassen bemerkbar. Vom ersten bis zum letzten Tede zeigte jeder Ton denselben Heldenmut, kristallklaren Schall, und es blieb sich dabei völlig gleich, ob es das stolzerhaltene Lied „Auf dem Wasser zu singen“ vortrug, dessen Musik Schubert „aus Sonnenduft und Wellenschäumen zusammengelesen“ hat, oder Goethes Ballade vom „Erlkönig“ lebendig erstehen ließ. Das Beifallssturmometer unseres Publikums pflegt sonst in der Regel nicht weit über den Nullpunkt zu steigen. Die außerordentliche Künstlerin erreichte es mühelos, daß es bis auf den Stiehpunkt kletterte. Der Entschluß, uns schäumte schließlich sogar über, und Sigrid Ouegin mußte sich wohl oder übel zu Zugaben verstehen, die uns u. a. Mozarts „Halsleulach“ brachten, eine der absonderlichsten Gaben des Meisters; in dieser unerschöpflichen Variationen lönt uns das einzige Wort Halsleulach entzogen. Frau Sigrid Ouegin zeigte damit, was sie zu leisten vermag. Es wird nur ganz wenige Sängerrinnen geben, die ihr das nachzumachen verstehen. Dieses Halleluja wurde zu einem Bronnurschiff allerersten Ranges. Am Steinweg-Winkel sah Herr Willi Bar d a s, der nicht nur durch seine brillante Technik sofort für sich einnahm, sondern sich auch sonst als ein ganz vorzüglicher Begleiter entpuppte. In unserem Musikleben bildet dieses Ouegin-Konzert einen Markstein, der sich so leicht nicht entfernen oder übersehen läßt.

Das vierte vollständige Konzert im Stadttheater, das gleichzeitig mit dem Ouegin-Konzert stattfand, brachte zunächst Beethovens große zweite Sinfonie in D-dur (op. 36), welche

und im zweiten Teile Webers „Freischütz“-Ouvertüre und Tchaikowskys Fantasia „Romeo und Julia“ den Ton angaben. Als Neuheit letzte Mannstadi seinen Zuhörern eine Arie des Schweden Alfen vor, die dem Johannisfest gilt. Mit dem „Schwalmzer“ von Johann Strauß fand das Konzert seinen freundlichen Ausklang. Das gutbesetzte Haus ließ es an Beifall nicht fehlen.

Sport.

Straßenstaffellauf. Vom schönsten Wetter begünstigt, verlief der am Sonntag von den Arbeiter-Sportvereinen veranstaltete Staffellauf aufs Beste. Schon die Aufstellung zu den einzelnen Starts lockte viel Publikum herbei und jeder ist gewiß auf seine Kosten gekommen. Wer die blühenden Augen der Schüler und der Jugendmannschaften gesehen hat, dem muß das Herz höher geschlagen haben. Kaum den Zeitpunkt des Ablaufkommandos konnten sie abwarten. Unser Jungsturm war eifrig bei der Sache. Und wie dann die flinken Beine dahinsausen! Das war eine Freude mit anzusehen. Unsere Jugend soll gesund werden durch den Sport, das ist unser hohes Ziel, wozu ein jeder mit beitragen sollte. Als beste Mannschaft lief die Schülermannschaft der Abt. Goltentor mit der guten Zeit von 8 Min. 11 1/2 Sek. durchs Ziel, dann folgte Abt. Stadt mit 8 Min. 38 Sek. und zum Schluß die Schülermannschaft von Rüditz mit 8 Min. 40 Sek. Lauter Jubel begrüßte die kleinen flinken Kerlchen. 1 1/4 Stunde später begann der Lauf der Männerabteilungen. Hierfür war naturgemäß ein größeres Interesse vorhanden. Die sehnigen Läufergestalten entwickelten ein wirklich schönes sportliches Bild und einen spannenden Kampf. Durch einen bedauerlichen Unfall eines Lübecker Läufers gewann die Rüditzer Mannschaft einen großen Vorsprung, welchen Lübeck nicht mehr aufholen konnte und somit auch ein spannender Endkampf ausblieb und die Rüditzer Mannschaft als erste mit einer Zeit von 9 Min. 47 1/2 Sek. durchs Ziel lief, dann folgte in kurzen Abständen Lübeck 10 Min. 1/2 Sek., Markt 10 Min. 19 Sek., Moisling 10 Min. 42 Sek. und Rüditz Jugendmannschaft 11 Min. 36 Sek. Alles in allem der Staffellauf war eine große Propagandasache für die Bestrebungen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Norddeutsche Spielvereinigung. Sonntag, den 2. Oktober, Bezirksspiele der Gruppe Lübeck:

Zeit	Wahrscheinl. Gegner	Schiedsrichter
3 Uhr	Schwartau 1 Rüditz	BSB.
3 1/2	Markt 1 Schlutup 1	Rüditz
4	Lübeck 2 Moisling 1	Oldestolow
4 1/2	Markt 2 BSB. 2	M. M. Lübeck
10	Schwartau 2 Rüditz 2	BSB.
10 1/2	Lübeck 3 Lübeck 4	Markt
11	Lübeck 6 Moisling 2	Markt
11 1/2	Markt 4 Schlutup 2	Rüditz
12	Markt 5 Lübeck 5	
8	Markt Jugend 1 Lübeck Jugend 2	Moisling
Knaben:		
2 1/2	Schwartau 1 Rüditz 1	Seereß
3	Markt 2 BSB. 2	
3 1/2	Markt 1 Seereß 1	Lübeck
1	Lübeck 1 Moisling 1	Markt

Neue Bücher.

Die deutsche Revolution. E. u. d. Bernstein hat soeben den ersten Band seines Werkes „Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Wert“ im Verlage Gesellschaft und Erziehung (Berlin-Friedrichsdenk) erscheinen lassen. Dieser erste Band behandelt die Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik. Die gewaltigen Ereignisse der Umwäl-

zung werden hier von einem ruhigen vorurteilslosen Prüfer unter die Lupe genommen und in fünfzehn Kapiteln unter Beifügung vieler Belegstellen aus der Tagespresse jener denkwürdigen Monate eingehend dargestellt. Das Bernsteinsche Buch ist der erste Versuch einer umfassenden Darstellung der Revolution; der erste Band beginnt mit der Reichsleitung vor der Revolution und führt bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung. Die erste Periode der Revolution hatte damit ja ihren Abschluß gefunden. Gerade heute in der Zeit der Bemühungen um eine Wiedervereinigung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beider Lager ist die Lektüre eines solchen Buches wie dieses Bernsteinschen, von besonderem Werte; sie zeigt die bedauerlichen Fehler jener Periode und weist zum gemeinsamen Ziele.

Regelmäßige Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lübecker Handelskammer.)

I. Nach Dänemark und West-Schweden.
Kopenhagen, Malmö, Landskrona, Helsingfors, Galmstadt, Warberg und Gothenburg, etwa drei- bis viermal wöchentlich mit den Dampfern der Hallands-Linie „Swanen“, „Westfusen“, „Najaden“, „Malmö“ und „Lübeck“ für Passagiere und Fracht, sowie den Dampfern „Länan“, „Nissan“, „Kalken“ und „Ludwig Rollberg“ nur für Fracht. Nächste Expedition: Dampfer „Nissan“ am 26. Sept., Dampfer „Najaden“ am 28. Sept., Dampfer „Swanen“ am 30. Sept. Vertreter: Lüders & Stange, Untertrave 17. Schiffsmaaker: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Kopenhagen. Jeden Mittwoch bezw. Donnerstag ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Stadt Stralsund“ etwa 27. September. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Große Altefährte 6.

II. Nach Süd-Schweden.
Stockholm eventl. auch Kalmar, ein- bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Rederi- Aktiebolaget „Svea“ in Stockholm. Nächste Expedition: Dampfer „Neolus“ am 30. Sept. nach Kalmar und Stockholm. Vertreter für den Personenverkehr: Lüders & Stange, Untertrave 17, für den Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Stockholm, eventl. auch andere Plätze anlaufend, in Zwischenräumen von etwa 8 Tagen ein Dampfer der Skandinavischen Linie. Nächste Expedition: nach Bedarf. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Lübeck, Gr. Altefährte 6.

III. Nach Süd- und West-Norwegen.
Christiania, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der „Söndersfeld-Norske Dampfskibsselskab“ sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: nach Bedarf. Vertreter: Rob. M. Slomann jr., Alfstraße 88.

Christiania, Skien und Drammen alle 10 bis 14 Tage mit Dampfern der „Feldlinjen“ in Christiania sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Dora“, etwa 5. Okt. Vertreter für den Frachtverkehr: S. Stein, Untertrave 9.

Stavanger, Bergen, Drontheim eventl. Haugefund, Valesund, Christiansund-N. und anderen norwegischen Plätzen etwa alle 10 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Gerda Kunnmann“ etwa 2. Oktober. Vertreter: Lloyd-Transport-Compagnie, Hafensstraße 8.

IV. Nach Finnland.
Helsingfors jeden Sonnabend nachmittags 2 Uhr mit Dampfern der „Finska Angfartsgesellschaft“ in Helsingfors; außerdem nach Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Vesidon“ am 1. Okt. Anmeldung von Passagieren bei Viehl & Fehling, Schiffsmaaker, G. m. b. H., Beckergasse 89.

Nach Wiborg und Kotta monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Wiborg“ am 1. Oktober.

Nach Raumo, Manti Luoto und Wasa monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Fris“ am 27. Sept. Vertreter für den Frachtverkehr: Deutsch-Finnländische Dampfer-Expedition G. m. b. H., Untertrave 48.

Helsingfors. Linie Viktor G. Etwa zweimal monatlich, außerdem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Helgoland“ ca. 1. Oktober.

Ubo. Ein- bis zweimal monatlich. Nächste Expedition: Dampfer „Helgoland“ ca. 1. Oktober. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Ubo, etwa zweimal monatlich mit Dampfern der Angfartsgesellschaft Aktiebolaget „Bore“ in Ubo. Nächste Expedition: Dampfer „Halland“ am 1. Oktober. Dampfer „B. Thorvost“ am 8. Oktober. Personen- und Frachtverkehr: Viehl & Fehling, Schiffsmaaker, Beckergasse 89.

V. Nach Lettland und Estland.
Riga. Alle 14 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: nach Bedarf. Vertreter: G. H. Vertling, Gr. Altefährte 28.

Litauen und Reval. Etwa alle drei Wochen ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rusland“ ca. 1. Oktober. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Panseatische Dampfschiffahrt-Gesellschaft, Große Altefährte 21.

VI. Nach deutschen Ostseehäfen.
Burg und Ortha. J. sowie Kiel. Alle 8 Tage Montags Dampfer „Fehmarn“. Personen- und Frachtbeförderung. Vertreter: Laht & Severin, Schüsselbuden 15.

Wismar, Rostock, Stettin und Zwischenstationen. Wöchentlich zweimal mit Dampfern der „Japen-Linie“, bei Bedarf Extra-Dampfer. Vertreter: Wm. Minios, Beckergasse 62.

Rönigsberg etwa alle 10 bis 14 Tage. Vertreter: Franz Heinrich, Untertrave 84.

Eisdampferverbindung Lübeck-Magdeburg.

Expeditionen finden statt soweit die Wasserverhältnisse auf der Elbe es gestatten. Nähere Auskunft durch die Magdeburg-Lübecker Eisdampfergesellschaft m. b. H., Kanalstraße 11/19 und F. H. Vertling, Gr. Altefährte 28.

Nach Lauenburg a. S. und Hamburg.

Regelmäßige Abfahrt: Von Lübeck jeden Dienstag und Freitag. Güterannahme ununterbrochen durch Lüders & Stange, Abteilung Flußschiffahrt, Kanalstr. 11/19.

Schnellverkehr Lübeck-Hamburg mit Motorschuten.

Bei Bedarf werden Zwischenstationen Mölln und Lauenburg angefahren. In Hamburg Anschluß an den täglichen Eisdampferverkehr aufwärts. — Güteranmeldungen bei Karl Steber, Gr. Altefährte 16.

Briefkasten.

F. B. Der Lübecker Seglerverein von 1885 ist dem Arbeiter-Sport-Partei nicht angeschlossen. Einige organisierte Arbeiter sind aber Mitglieder des Vereins.

Das Zahnpulver ⁶⁸³¹ **Nr. 23**
reinholt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurzem Gebrauch das Aussehen derselben bedeutend verbessert wird. In den Apotheken und Drogerien.

Lübecker

VORFRAGEN

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Verbreitetste politische Tageszeitung Lübeck's

Höhere Abonnentenzahl als sämtliche in Lübeck erscheinenden politischen Zeitungen zusammen

Vorzügliches Insertionsorgan!

6842